Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus f. d. Woche v. 12.—17. Novbr. 170 Milliarden Mk. Einzelverkaufspr. 30 Milliarden Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile od. deren Raum 20 Gold-Pfennige, auswärtige 25 G.-Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Gold-Pfennige, Reklamen 80 Gold-Pfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstell 905 nur Redaktion.

# Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 260. Dienstag, 13. November 1923. 30. Jahrgang.

## Ein Riesenbetrug: Der „stabile" Markkurs.

Dr. L. Lübeck, 13. November.

Seit fünf Jahren wird die Arbeiterschaft von Woche zu Woche mehr um ihren Lohn betrogen. Von einer Lohnabmachung zur andern sank der Reallohn, das heißt die Kaufkraft des Proletariers. Selbst die nötigsten Lebensmittel konnte der Lohn- und Gehaltsempfänger für seine lumpigen Papierlappen nicht mehr kaufen.

Die Indexlöhne sollten den notwendigen Ausgleich schaffen. Mit steigenden Preisen gleichmäßig steigende Löhne! Monatelang wurde um diese Lohnform gekämpft. Und in der ersten Woche ihres Bestandes bewährte sie sich auch zur Not. Die Löhne hinkten zwar auch jetzt noch immer hinterher; aber es war immerhin eine gewisse Anpassung der Löhne an die Teurung möglich. Bis die Mark völlig ins Gleiten kam. Bis von Stunde zu Stunde der Markkurs sich verschlechterte und ebenso schnell die Preise kletterten, die Löhne aber für die ganze Woche festblieben. Immer tiefer wurde die Kluft zwischen Teurung und Arbeitsverdienst. Bis auf die Kaufkraft für ein einziges Brot sank an einigen Tagen der wirkliche Arbeitslohn; und an anderen wurde nicht mehr als das Wasser dazu verdient.

Unter solchen Währungsverhältnissen war auch der Indexlohn unhaltbar geworden! Wieder nach einer neuen Lohnform mußte Ausschau gehalten werden. Diesmal sollte der Goldlohn helfen. Einen anderen Ausweg gab es nicht mehr; deshalb nahmen auch die Gewerkschaften diese Forderung auf. Und zahlreiche Unternehmer stimmten der Entlohnung „nach Goldmark" zu.

Doch jetzt begann der Betrug von neuem. Jetzt erst recht! Die Löhne wurden in Goldmark festgesetzt. Diese Goldmark aber entwertet sich von Tag zu Tag mehr. Heute schon ist die Goldmark, in der wir rechnen und nach der die Löhne berechnet werden, gar keine Goldmark mehr. Sie ist nur noch eine armselige Papiermark, die die Hälfte ihrer Kaufkraft eingebüßt hat.

Woher kommt das? Die Reichsbank setzt den Dollarkurs willkürlich fest; sie hält ihn künstlich nieder. Auf etwa den vierten Teil seines wirklichen Weltkurswertes. (In deutscher Papiermark ausgedrückt!)

Nach diesem künstlichen Dollarkurs aber wird der Kurs unserer Goldmark festgestellt. Die Goldmark wird also gegenüber der Papiermark künstlich niedergedrückt. Um den Kurs des Papiergeldes einigermaßen festzuhalten, läßt man die Goldmark zum Teufel gehen.

Eine merkwürdige Währungspolitik. Die nur eine Wirkung haben wird: Beide Währungen sausen gemeinsam in den Abgrund.

Man braucht nur wenig nachzudenken, um das zu verstehen. Da wir die Segnungen der berühmten „freien Wirtschaft" genießen, so richten sich unsere Preise nach dem Weltmarkt. Weltmarktpreise gehören zur freien Wirtschaft wie die Schale zum Ei.

Der Dollarkurs bestimmt also — man mag es bedauern oder nicht — alle unsere Preise. Wenn aber der inländische Dollarkurs als Preismultiplikator künstlich niedergehalten wird, so sprengt die wirkliche Preisentwicklung diesen Multiplikator.

Wie ist in den letzten Tagen dieser Sprung vor sich gegangen? Der Multiplikator blieb unverändert, aber die Grundpreise — oder Goldmarkpreise — wurden gesteigert.

Damit war die ganze schöne Devisenpolitik der Reichsbank zusammengebrochen. Und in der Tat kümmert sich heute kein Kaufmann mehr um den „amtlichen" Dollarkurs. Denn kein Mensch verkauft zum amtlichen Kurs auch nur einen Dollar.

Nur der Arbeitslohn, der vor zwei oder drei Wochen nach Gold festgesetzt wurde, der richtet sich nach der „künstlichen" Goldmark. So ist den Arbeitern, die nach Gold entlohnt werden, heute schon die Hälfte ihres Goldlohnes abgestohlen.

**Ein Riesenbetrug an der Arbeiterschaft ist diese Währungspolitik.** Daran ändern alle Währungskommissare der Welt nichts.

Die Unfähigkeit der jetzigen Regierung für irgendwelche vernünftige Währungsmaßnahmen ist grenzenlos. Und es ist heute schon vorauszusehen. Nur noch ein Ausweg bleibt den Herren, die seit Jahren von der Beschimpfung der Sozialdemokratie leben: Rückkehr zur Zwangswirtschaft. Die Einführung der Rentenmark als Inlandszahlungsmittel ist der erste Ansatz dazu.

Die Devisenpolitik der Reichsbank birgt aber noch eine andere ungeheure Gefahr in sich. Sie macht es dem Kaufmann unmöglich ist, sich Devisen zu beschaffen. Deshalb fehlen für die Einfuhr die Zahlungsmittel. Die Volksernährung ist dadurch aufs schwerste gefährdet. Und genau wie früher wird die Reichsbankpolitik auch diesmal wieder zusammenbrechen.

Und dann wird der Betrug der Lohn- und Gehaltsempfänger erst recht beginnen. In einem völlig aus dem Gleichgewicht gebrachten Industriestaat muß die ungebundene Wirtschaftsform naturnotwendig zur Verelendung aller Arbeiter, Beamten und Angestellten führen.

Jede Maßnahme der Währungspolitik ohne grundsätzliche Aenderung der Wirtschaftspolitik ist für alle Festbesoldeten nur ein neuer Betrug. Und er wird es auch in Zukunft bleiben.

Es frägt sich nur, wie lange diese sich alles gefallen lassen.

## Helft Klarheit schaffen!

Am Sonntag hat der Kanzler des deutschen Reiches in Halle vor einer weniger anspruchsvollen Zuhörerschaft sich erneut seines Mutes zur Unpopularität gerühmt. Er hat seit drei Monaten von diesem Mut in Worten so viel zum Besten gegeben, daß er sich jetzt tatsächlich einbildet, ihn zu besitzen. In Wirklichkeit ist Stresemann immer wieder der von ihm mit Recht für einen verantwortungsvollen Politiker als notwendig bezeichneten Eigenschaft so oft aus dem Wege gegangen, als es zweckmäßig gewesen wäre, sie zu zeigen. Ein Blick nach Bayern beweist das am besten und die Betrachtung seiner Sonntagsrede liefert ebenfalls einen Anhaltspunkt dafür. In Bayern regieren nach wie vor Hochverräter, ohne daß Herr Stresemann gegen sie, ganz abgesehen von Taten, auch nur ein Wort der Verurteilung zu finden vermocht hätte. Die Angst zur Unpopularität verbot ihm als Reichskanzler, der im gleichen Augenblick von Mut sprach, die Komödie im Bürgerbräu und ihre Teilnehmer vor der Welt ins richtige Licht zu stellen, während er aus Drang nach Popularität im deutschen Spießbürgertum in Sachsen widerrechtlich eine verfassungsmäßige Regierung gewaltsam absetzen und später in Thüringen Reichswehr einmarschieren ließ, die seit Wochen in Bayern notwendiger gewesen wäre. Nicht einmal den Mut zur Selbstverteidigung gegen die von den Deutschnationalen betriebenen Hetze hat Stresemann am Sonntag aufgebracht. Seine Rede war „freibleibend" in jeder Beziehung — inhaltlos wie Herr Stersemann in letzter Zeit als Reichskanzler — und wir würden uns nicht wundern, wenn die Volkspartei jetzt bald mit ihrem „besten Mann" den Deutschnationalen reuevoll in die Arme fallen sollte.

Der Weg hierzu ist beschritten. **Die Furcht vor dem Verlust an Wählerstimmen hat die Volkspartei zu jener Taktik verleitet, die von ihr seit acht Tagen zum Schaden unserer Bevölkerung und des Parlamentarismus, aber zur Freude Poincares betrieben wird.** Selbst wenn die Bayrische Volkspartei und das Zentrum der Bildung einer Rechtsregierung ihre Unterstützung leihen würden, wäre ihre Existenz zahlenmäßig parlamentarisch nicht gesichert. Man sollte annehmen, daß sich darüber auch die Volkspartei inzwischen klar geworden und ihr die Ablehnung einer Beteiligung an dem Bürgerblock durch die Demokraten bekannt ist. Die Verhandlungen mit den Deutschnationalen können deshalb für die Volkspartei als Anhängerin des palamentarischen Systems nur platonischen Wert haben und werden damit als Hochverrat am deutschen Volk offenbart. Denn während wir gerade im Augenblick eine starke Regierung brauchen, deren Führer nicht nur große Reden halten, die sie selbst nicht achten, sondern handeln, erweckt die Partei des Reichskanzlers schon tagelang in der ganzen Welt den Eindruck eines allgemeinen Durcheinanders in Deutschland, beraubt das bestehende Rumpfkabinett der letzten noch vorhandenen Autorität im In- und Auslande und macht es nach außen hin aktionsunfähig.

Die Parteien der bürgerlichen Mitte, das Zentrum und die Demokraten, machen sich an dem endgültigen Zerfall des Reiches und der Erledigung des Parlamentarismus in hohem Maße mitschuldig, wenn sie dem von Parteigeist diktierten Treiben der Volkspartei nicht länger zusehen. Leider stehen auch sie in gewissem Sinne unter dem Banne der deutschnationalen Agitation, die in ihrer Wirkung immer noch überschätzt wird, obwohl sie nichts anderes ist als ein großzügiges zu Papier gesetztes Maulheldentum, diktiert von den vor dem finanziellen Zusammenbruch stehenden rechtsradikalen Geheimorganisationen. Denn „jene Anhängerschaft im Lande", auf die sich die Deutschnationalen bei ihren Drohungen gegen den Staat immer wieder berufen, bilden nur die seit Monaten in Organisationen zusammengeschlossenen Abenteuerer. Sie sehen jetzt infolge des Mangels an Finanzen ihren Beruf schwinden und rebellieren! Nichts anderes als diese Rebellion spiegelt sich in der deutschnationalen Agitation wieder. Infolgedessen kann die hetzerische Propaganda der Rechten nicht mehr als Ausdruck der Stärke, sondern nur der Schwäche bewertet werden, genau wie die letzte Offensive Ludendorffs im Jahre 1918 von den Gegnern nach allen Fehlschlägen nur noch als Zeichen eines geschwächten Gegners und letzter Versuch zur Rettung betrachtet werden mußte.

Die Schwäche muß wieder zur Stärke werden, wenn das Zentrum und die Demokraten durch ihr Stillschweigen und vielleicht auch durch eine direkte oder indirekte Unterstützung die Deutschnationalen in den Regierungssattel setzen helfen. Dann ist die notwendige Klarheit, die geschaffen werden muß, für uns als Sozialdemokraten vorhanden, aber wir glauben nicht, daß unserem Volke damit irgendwie gedient wäre. Dann leben die Geheimorganisationen mit Unterstützung staatlicher Gelder, wie es bereits heute in Bayern ist, wieder auf und regieren unser Volk nach ähnlichem Muster wie in der bayrischen „Ordnungszelle". Das System der Verhetzung, der Vernichtung jedes Gemeinschaftsgedankens, wird noch in weit stärkerem Maße Platz greifen als es bisher schon der Fall ist.

Wer es mit Staat und Volk ernst meint, kann und darf hierzu seine Hand nicht bieten, und deshalb sind wir der Auffassung, daß es auch die Pflicht des Zentrums und der Demokraten ist, gemeinsam mit der Sozialdemokratie jetzt endlich die notwendige Klarheit zu schaffen. Die notwendige Initiative wird der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Dienstag durch einen Antrag auf Einberufung des Reichstages ergreifen. Es heißt dann, für die Parteien der bürgerlichen Mitte im Reichstag Anschluß zu suchen, ehe es zu spät ist.

## Jetzt will auch Poincare eine Sachverständigen-Konferenz.

**Paris, 12. November.**

**Ministerpräsident Poincare hat sich entschlossen, den Plan der Einsetzung eines Sachverständigen-Ausschusses zu übernehmen. Er hat infolgedessen den französischen Delegierten in der Reparationskommission, Barthou, beauftragt, morgen der Reparationskommission vorzuschlagen, einen Sachverständigen-Ausschuß zu ernennen. Dieser Sachverständigen-Ausschuß soll sich aus Vertretern der Länder zusammensetzen, die im Reparationsausschuß vertreten sind.**

## Erneute Regierungskrise in Thüringen.

SPD. Weimar, 12. Novbr. (Eig. Drahtber.)

Am Donnerstag, dem 8. November, hat die Landtagsfraktion der VSPD. nach eingehender Beratung über das Verhalten der Kommunistischen Partei und der kommunistischen Regierungsmitglieder in Thüringen die Entscheidung getroffen, daß nach dem Vorgefallenen ein dauerndes Arbeiten mit den Kommunisten nicht möglich erscheine. Aber angesichts der Erklärungen des Reichskanzlers, daß die Kommunisten einer Landesregierung nicht angehören könnten, hielt die Fraktion eine Klärung der Differenzen mit der kommunistischen Partei zurzeit nicht für angebracht und glaubte deshalb, die Entscheidung bis zur Aufhebung der Besetzung von Weimar zurückstellen zu müssen. Durch das am Freitag, dem 9. November vormittags ergangene Verbot des Militärbefehlshabers, Kundgebungen jeder Art nicht ohne seine Genehmigung zu veröffentlichen, sah sich die Landtagsfraktion der VSPD. außerstande, der Arbeiterschaft Thüringens das Ergebnis ihrer Beschlüsse zur Kenntnis zu bringen, da sie im Interesse ihrer Partei es nicht für angebracht hielt, den Militärbefehlshaber um Genehmigung der Bekanntgabe ihres Aufrufes zu ersuchen. Nach Aufhebung des Verbotes teilte sie der Arbeiterschaft Thüringens am Montag die am 8. November gefaßten Beschlüsse mit. Sie wird zu dem inzwischen erfolgten Rücktritt der kommunistischen Regierungsmitglieder und dessen Begründung umgehend vor der Oeffentlichkeit ausführlich Stellung nehmen.

## Erhöhte Geldflüssigkeit.

### Heraufsetzung des Devisenkurses.

Berlin, 12. November 1923.

Die Börse wurde bei Beginn der neuen Woche angenehm überrascht durch eine außerordentlich große Geldflüssigkeit. Die Sätze für tägliches Geld, die am Sonnabend noch zwischen 30 bis 40 Prozent lagen, gingen heute bei sehr reichlichem Angebot auf 10 bis 12 Proz. herunter. Die Ursache dieser Entwicklung ist darin zu suchen, daß die Reichsbank und der Kassenverein heute bedeutende Geldbeträge zur Verfügung stellten, die bereits in der Vorwoche angefordert waren. Außerdem war ja auch die scharfe Versteifung in der vergangenen Woche durch die plötzliche Lieferung rückständiger Posten Goldanleihe, die sofort bezahlt werden mußten, entstanden. Diese Geschäfte sind jetzt abgewickelt.

Die innerpolitische Lage wird auch heute von der Börse sehr ruhig beurteilt, obwohl aus München und Nürnberg noch immer alarmierende Nachrichten kommen. Angesichts der in den letzten Tagen eingetretenen scharfen Steigerung der inländischen Warenpreise rechnete man heute in Börsenkreisen von vornherein mit einer Neuordnung der amtlichen Devisenkurse, die in einem allzu fühlbaren Gegensatz zu der tatsächlichen Kaufkraft der Mark im Inlande standen. Man nimmt an, daß im Laufe dieser Woche noch beträchtliche Erhöhungen der amtlichen Notierungen erfolgen werden und zwar in der Weise, daß sich immer abgerundete Goldmarkpreise von 200 bis 250 usw. Mark ergeben, um der Geschäftswelt den Uebergang zur Goldmarkrechnung zu erleichtern.

An der Effektenbörse wurde die Tendenz von der Verflüssigung des Geldmarktes und von der Erwartung höherer Devisenkurse beträchtlich beeinflußt. Es trat eine außerordentlich rege Nachfrage hervor, die fast auf der ganzen Linie zur Verdoppelung der Effektenkurse führte. Besonders gesucht waren westdeutsche Werte, im Hinblick auf den am Sonnabend zustandegekommenen deutsch-französischen Eisenbahnvertrag, der die baldige Wiederherstellung normaler Verkehrsverhältnisse im westlichen Industriebezirk erwarten läßt. Auch an die heute erneut aufgenommenen Verhandlungen der Ruhrindustrie mit der Micum knüpft man weitgehende Hoffnungen. Der Berliner Setzerstreik, ebenso die Stillegung der Reichsdruckerei blieben ohne größeren Einfluß auf die Börsentendenz.

## Dollar 840 Milliarden.

**1 Goldmk. 200 Milliarden, 1 Goldpfg. 2 Milliarden.**

# Abfall von Kahr.

## Fortsetzung des Münchener Faschingstrubels.

SPD. München, 12. November. (Eig. Drahtber.)

Die allgemeine Volksstimmung gegen Kahr ist unverändert die gleiche. Allerdings zeigte sie sich am Montag nach außen hin nicht mehr mit derselben Heftigkeit wie am Sonntag, wo sie in den Abendstunden zwischen 5 und 7 Uhr einen sichtbaren Höhepunkt in zwei Demonstrationszügen erreichte. Den Kern des Zuges bildeten etwa 500 farbentragende Studenten, die ihren Weg von der Universität durch die Ludwigstraße ins Stadtinnere nahmen und denen sich Tausende von Passanten anschlossen. Beide Demonstrationszüge, die sich in

**Niederrufen gegen Kahr und Hochrufen auf Hitler**

nicht genug tun konnten, wurden in der Nähe der Residenz von Polizei und Reichswehr auseinandergetrieben, wobei einige Schreckschüsse fielen. Um 8 Uhr abends setzte die Säuberung der Straßen ein, die in kurzer Zeit vollkommen durchgeführt war. Für Dienstag, dem Begräbnistag der Toten vom Freitag, befürchtet man neue Ausschreitungen. Die in den letzten Tagen auf abends 8 Uhr festgesetzte Polizeistunde wurde ab Montag auf 10 Uhr verlängert.

Wie die

**Gefangennahme Hitlers,**

die jetzt amtlich bestätigt wird, auf die erregte Volksstimmung wirken wird, ist im Augenblick noch nicht zu beurteilen. Zweifellos werden seine fanatisierten Parteianhänger, vor allem die völkischen Studenten, ihre Agitation auf seine Freilassung einstellen. Daß die Radikalisierung der Studentenschaft erschreckend fortschreitet, davon zeugte eine neue Studentenversammlung, die am Montag mittag um 12 Uhr in der Universität abgehalten wurde. Die Stimmung war noch erregter als am Sonnabend. Man hörte sogar Rufe mit dem Wunsche, es möchte sich einer finden, der Kahr umbringe wie Sand den Kotzebue. Die beiden Rektoren der Universität und Technischen Hochschule sowie die als sehr nationalistisch bekannten Professoren Sauerbruch und Graf du Moulins versuchten vergeblich, auf die Studenten beruhigend zu wirken. Als erster Redner sprach

**Kapitän Ehrhardt,**

der erklärte, er stelle sich an die Spitze der nationalen Revolution und bitte die Vaterländischen Verbände, sich ihm anzuschließen. Hinter ihm stünden bereit außer seinen eigenen Organisationen der Bund „Oberland" und die Magyaren. Die große Mehrheit der Versammelten schloß sich ihm an, worauf noch der berüchtigte Schmalix, der sich in der Revolution vor fünf Jahren als wüster Unabhängiger gebärdete, eine Hetzrede hielt. Hierauf zogen die Versammelten auf die Straße und versuchten, einen Demonstrationszug zu bilden, der aber sofort durch Reichswehr auseinandergetrieben wurde. Durch eine Verfügung des Generalstaatskommissars wurde daraufhin die Universität auf drei Tage geschlossen und Haftbefehl gegen Schmalix erlassen. Von Regierungsseite wird übrigens behauptet, daß Ehrhardts Ausführungen die Tendenz gehabt hätten, er stelle sich hinter Kahr. Das ist freilich nicht ganz unrichtig; jedenfalls ist bis zur Stunde das Verhältnis zwischen Kahr und Ehrhardt noch ungeklärt, und es ist auf Grund anderer Tatsachen wohl damit zu rechnen, daß Ehrhardt eine feste Stütze der Diktatur Kahr wird.

Ein Abfall der „Vaterländischen Bezirksvereine München" (ehemalige Einwohnerwehren) von Kahr hat noch nicht stattgefunden. Am Sonnabend abend wurde unter den Mitgliedern eine Urabstimmung vorgenommen mit der Frage: für oder gegen Kahr. Wie sie ausgefallen ist, konnte man bis jetzt nicht zuverlässig erfahren; doch heißt es, daß sich eine Mehrheit für Kahr ergeben hätte und daß bereits einzelne Führer, die sich gegen Kahr ausgesprochen haben, durch Kahr treue Elemente ersetzt worden seien. Vor dieser Abstimmung (in der Nacht zum Sonnabend) richteten die Vaterländischen Verbände ein Schreiben an den Generalstaatskommissar, in dem zwei Forderungen, aber ohne ultimativen Charakter, enthalten sind: 1. Enthaftung und Amnestierung der verhafteten Führer, 2. Aufhebung des Verbots der völkischen Parteibewegung. Eine Entscheidung über diese Forderungen ist noch nicht getroffen und wird voraussichtlich so schnell auch noch nicht fallen.

Die Tatsache, daß sich wider Erwarten auch auf dem Lande eine starke Stimmung gegen Kahr herausbildet, macht die Haltung der Bayrischen Volkspartei noch schwieriger. Die Fraktion der Partei tagt beinahe in Permanenz, ohne bisher irgend welche Entscheidungen getroffen zu haben. Einmütigkeit besteht über die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Staatsautorität und vor allem der Autorität der Regierung. Das bedingt u. a. eine Stellungnahme gegen Kahr, der seine isolierte Diktaturposition jetzt vollkommen auf seinen Partner Lossow und die bewaffnete Macht stützt. Da es nun der Bayrischen Volkspartei darauf ankommt, die Geschlossenheit der bewaffneten Macht im Staate, den doch eigentlich sie regiert, zu erhalten, so gibt es für sie nur das eine, den Generalstaatskommissar einstweilen in seinem Amte zu belassen. Ihre Parole für die nächste Zeit heißt also: Im Rennen wechselt man nicht die Pferde! Die Versuche einer Umbildung der bayrischen Regierung dürften wohl am Widerstand der Mittelpartei (Deutschnationale) scheitern, die unerschütterlich fest zu Lossow hält.

Nach der äußerlichen Erledigung des Hitler-Ludendorff-Putsches ist

**die politische Situation also außerordentlich ungeklärt.**

Alle staatspolitischen Kräfte der Reaktion stehen in bestimmter Isoliertheit einander gegenüber: 1. die Bayrische Volkspartei und die von ihr getragene Regierung, 2. die illegale völkische Bewegung und die mit ihr sympathisierende Volksgunst, 3. der Generalstaatskommissar v. Kahr und die mit ihm durch Lossow und Seißer verbundene bewaffnete Macht, die tatsächlich die Staatsgewalt in Händen haben. Gegen alle drei steht die Sozialdemokratie und die Arbeiterklasse, die der Diktator Kahr durch das aus rein politischen Gründen erlassene Verbot der sozialdemokratischen Presse nahezu völlig geknebelt hat. Wie sich die Arbeiterklasse in dieser ganz außergewöhnlich schwierigen Situation zu entscheiden hat, ist für die Partei und für die freien Gewerkschaften eine Frage von weitgehender Bedeutung. Man muß wünschen, daß sie ihre Taktik und ihre grundsätzliche Haltung nur von den realen Tatsachen bestimmen lassen und in ihren Handlungen in keiner Weise vom Willen ihrer gemeinsamen Gegner abhängig werden.

### Zu Hitlers Verhaftung.

München, 12. November.

Wie der Bayrischen Staatszeitung amtlich mitgeteilt wird, bestätigt es sich, daß der Führer der Nationalsozialisten, Hitler, am Sonntag abend in einer Villa in Uiting am Ammersee verhaftet wurde. Wie wir hierzu erfahren, erfolgte die Verhaftung durch Landespolizei in der Villa Hanfstängl. Sodann wurde Hitler im Auto unter Bewachung von Uiting abtransportiert. Er hatte nur eine Prellung an der Schulter.

# Wer schafft in Sachsen Unruhe?

SPD. Dresden, 12. Novbr. (Eig. Drahtber.)

In Weischlitz unweit Plauen sind in der Nacht von Sonnabend zum Sonntag 34 Nationalsozialisten gesehen worden. Sie erkundigten sich nach der Straße nach Bayern und gaben an, Gestellungsbefehle erhalten zu haben, danach mußten sie am Sonnabend in Marktredwitz eintreffen. In Hof fand am Sonnabend eine Demonstration von etwa 2000 Nationalsozialisten und Oberhändlern statt. Uebereinstimmende Meldungen besagen, daß die „Demonstranten" bewaffnet und uniformiert waren. Plakate mit dem Kahrschen Verbot der nationalsozialistischen Arbeiterpartei und des Bundes „Oberland" wurden von den Plakatsäulen abgerissen. In Zwickau waren von den Nationalsozialisten Zettel angeklebt des Inhalts: „Kamerad, auch Deine Freiheit steht auf dem Spiele! Tritt ein in die nationalsozialistischen Hundertschaften!" Die Behörden fahnden nach den Urhebern und Verbreitern dieser Zettel. Die Polizei drang in Zwickau in eine Sitzung von Mitgliedern der nationalsozialistischen Arbeiterpartei und brachte die Anwesenden zur Feststellung ihres Namens nach der Polizeiwache. Das bei ihnen vorgefundene Material wurde beschlagnahmt und den zuständigen Behörden übergeben. In Wurzen fand am Sonnabend ein sogenannter „Deutscher Abend" statt, zu dem die Amtshauptmannschaft Grimma die Genehmigung erteilt hatte. Als die Stahlhelmler dabei das Ehrhardtlied sangen, kam es zu schweren tätlichen Angriffen auf die überwachenden Polizeibeamten, die einzugreifen suchten. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurden in verschiedenen Vororten von Leipzig Plakate angeklebt, in denen zur Bildung von Abwehrhundertschaften aufgefordert wird, um den Faschistenüberfällen zu begegnen.

*

SPD. Chemnitz, 12. November. (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend rückte in Schwarzenberg ein Bataillon Reichswehr ein: es handelt sich um die bisher in Schneeberg einquartierten Truppen. Sofort nach dem Einmarsch sind von der Reichswehr 20 Personen festgenommen worden, die jedoch bis auf zwei wieder freigelassen wurden. In Aue nahm die Reichswehr 15, in Schneeberg 6 und in Neustädtel eine Person fest. Auch in der unmittelbaren Umgebung von Chemnitz und in der Stadt selbst wurden Haussuchungen und Verhaftungen vorgenommen.

*

SPD. Zwickau, 12. November.

Im Warenhaus der Gebr. Urie wurde am Sonnabend von der Reichswehr eine Haussuchung nach Waffen und Mitgliedern von Hundertschaften vorgenommen. Obwohl das Haus vorher umstellt worden war, verlief die Suche resultatlos. Die Firma hat gegen das Vorgehen der Reichswehr Protest eingelegt.

# Der gedemütigte Geßler.

SPD. Berlin, 12. November 1923.

Reichswehrminister Dr. Geßler, der seit vier Jahren im Amte ist, trägt sich schon seit längerer Zeit mit Rücktrittsgedanken. Er dürfte bei der jetzigen Regierungskrise endgültig ausscheiden. Zu diesem Entschluß ist er gekommen wegen der wiederholten politischen Demütigungen, die er in den vergangenen Wochen erleiden mußte. Als er am 26. September zum Inhaber der vollziehenden Gewalt ernannt wurde, ergab sich sofort, daß er sich in seinem festen Glauben an die Zuverlässigkeit des Generals Lossow und der bayrischen Reichswehr getäuscht hatte. Er geriet in den unleidlichen Zustand, als Inhaber der vollziehenden Gewalt über das ganze Reich in dem zweitgrößten deutschen Lande vollkommen ausgeschaltet zu sein. Später ließ er sich in seiner Sorge um die Reichseinheit zu dem militärisch unmöglichen Schritt verleiten, als Reichswehrminister und Inhaber der vollziehenden Gewalt nach Bayern zu fahren, um dort einen General zu bitten, mit dem meuternden General von Lossow zu verhandeln, damit dieser freiwillig zurücktrete. Der Rücktritt erfolgte nicht. Statt dessen brach die bayrische Regierung den Verkehr mit dem Inhaber der vollziehenden Gewalt ab. Er mußte auch das hinnehmen, weil die bürgerliche Mehrheit des Reichskabinetts diese unerhörte Herausforderung bis zur Stunde geduldig hingenommen hat. Alle Bemühungen des Reichswehrministers, das Reichskabinett davon zu überzeugen, daß diese Politik des stillen Duldens gegenüber den bayrischen Disziplinlosigkeiten die Moral der Truppe zermürben müsse, sind wirkungslos geblieben. Nun mußte Geßler noch erleben, daß ihm die vollziehende Gewalt genommen wurde, als es in Bayern ernst zu werden schien. Dr. Geßler ist jetzt ein faktisch ganz und gar einflußloser Mann. Es müßte sein politisches Ansehen vollkommen vernichten, wenn er aus diesen Erlebnissen nicht die allein möglichen Folgerungen ziehen wollte.

# Zum Berliner Buchdruckerstreik.

## Verordnung gegen den Notendruckerstreik.

General v. Seeckt, als Inhaber der vollziehenden Gewalt, hat folgende Verordnung erlassen:

1. Die Arbeitsniederlegung in allen Anlagen und Betrieben zur Erzeugung von Banknoten, Wertzeichen und solchen Materialien, die zu ihrer Herstellung erforderlich sind, wird verboten.

2. Die Arbeitnehmer derartiger Betriebe, welche die Arbeit niedergelegt haben, fordere ich auf, die Arbeit am Montag, dem 12. November, um 7 Uhr vormittags wieder aufzunehmen.

3. Zuwiderhandlungen werden — unabhängig von sofortiger Entlassung — gemäß § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 bestraft.

4. Wer Arbeitswillige und Personen, die Arbeiten zur Aufrechterhaltung der vorgenannten Betriebe verrichten, sowie deren Familienmitglieder und Haushaltsangehörige mit Gewalt oder durch Boykott bedroht oder zu solcher Bedrohung auffordert,

5. wer in Wort oder Schrift oder durch andere Maßnahmen die Stillegung derartiger Betriebe, insbesondere die Schädigung ihrer Anlagen oder Leitungen zu fördern oder herbeizuführen sucht,

wird gemäß § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 bestraft.

Wer diese Verordnung beschädigt, abreißt oder beseitigt, wird gleichfalls nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 bestraft.

Berlin, den 11. November 1923. v. Seeckt.

*

Zu dieser Verordnung ist zu bemerken, daß sie nur eine Wiederholung einer bereits erlassenen und seitdem noch nicht aufgehobenen Verordnung ist. Der Streik wäre sicherlich vermieden worden, wenn das Versprechen des Reichsarbeitsministers, daß für die am 2. November abgelaufene Lohnwoche eine Nachzahlung erfolgen müsse und daß für die Woche vom 3. bis 9. November eine der Teuerung entsprechende Aufwertung der Löhne erfolgen würde, in dem Schiedsspruch, der im Reichsarbeitsministerium gefällt wurde, auch eingehalten worden wäre. Diese Löhne bleiben noch weit hinter der unzulänglichen, von der Teuerung überholten Reichsindexziffer zurück. Allein nach der Reichsindexziffer hätte der Lohn in der Woche bis zum 2. November nicht 700, sondern 884 Milliarden, und in der Woche vom 3. bis 9. November nicht 3½, sondern 5,2 Billionen betragen müssen. Aber selbst diese völlig ungenügenden Indexlöhne sind den Buchdruckern durch den Schiedsspruch im Reichsarbeitsministerium vorenthalten worden. Wenn die Regierung nicht imstande ist, von den ihr nachgeordneten Stellen eine Einlösung ihrer Versprechungen und Anordnungen — wir verweisen nur auf die Richtlinien des Reichsarbeitsministers — zu bekommen, dann darf sie sich über die Empörung der ausgehungerten Arbeiter nicht wundern. Mit dem Gefängnis löst man solche Fragen nicht.

### Jarres Reichsinnenminister.

SPD. Der aus Duisburg ausgewiesene Oberbürgermeister Jarres, der Präsident des Rheinischen Provinziallandtages, ist am Montag zum Reichsminister des Innern ernannt worden. Er kann den Entschluß zur Annahme des Amtes nur gefaßt haben, wenn er gewillt ist, die voraussichtlich nur noch kurze Frist, die dem Kabinett Stresemann gesteckt ist, zu überleben und sich für ein Rechtskabinett bereit zu halten. Mit dem Eintritt des durchaus alldeutsch-gerichteten Herrn Jarres ist das Rumpfkabinett noch weiter nach rechts geraten. Jarres war schon als Remscheider Oberbürgermeister ein scharfer Gegner der Sozialdemokratie. Er gehört jetzt dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei an mit entschiedener Neigung zu den Deutschnationalen. Im Preußischen Staatsrat ist er zweiter Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft, die dort die Volkspartei mit den Deutschnationalen bildet. Außenpolitisch ist Jarres im Gegensatz zu der bisher von Stresemann vertretenen Politik auf den Bruch mit Frankreich eingestellt. Bekannt ist, daß er bei dem Abbruch des passiven Widerstandes in einer großen Sitzung in der Reichskanzlei lebhaft gegen Stresemanns Außenpolitik auftrat. Er wollte schon damals keine weiteren Verhandlungen mit Frankreich, Abbruch der diplomatischen Beziehungen, Ungültigkeitserklärung des Versailler Vertrages, also durchaus deutschnationale Politik. Durch seinen Eintritt in das Kabinett erhält die Gruppe das Uebergewicht, die die Rheinlande vorübergehend ihrem Schicksal überlassen will, um Rumpfdeutschland zu retten und zu festigen. Wenn über die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Kabinett Stresemann noch ein Zweifel bestanden haben sollte, so müßte er nun verschwunden sein.

### Dr. Schacht, Währungskommissar.

Berlin, 12. November.

Bankdirektor Dr. Schacht ist jetzt, wie angekündigt, zum Währungskommissar ernannt worden.

### Die Goldpreise der Eisenbahn.

Die Einführung der Goldpreise auf der Eisenbahn hat unhaltbare Zustände geschaffen. Die Berufstätigen, die Papierlohn erhalten, sind häufig nicht imstande, die Wochenkarten zu kaufen, weil sie soviel kosten, wie sie in der vorhergehenden Woche an Lohn erhalten haben. Diese Tatsache, über die der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zahlreiche Eingaben zugegangen sind, haben sie veranlaßt, im Reichsverkehrsministerium dringend Vorstellungen zu erheben, damit dieser unhaltbare Zustand abgeschafft wird.

# Für den General-Anzeiger!

Gestern nagelten wir eine Aeußerung des Lokalredakteurs des General-Anzeigers aus der Zeit des Kapp-Putsches fest. Wir haben diese „politische" Aeußerung nicht etwa aus dem trüben Bassin des Stadtklatsches, sondern aus erster Quelle.

Der General-Anzeiger wurde dadurch an einer sehr empfindlichen Stelle getroffen; denn heute gerät er in eine schreckliche Wut. Wie ein in die Gurgel gestochenes Schlachtopfer brüllt und schreit er los von „gemeiner Lüge" und „bodenloser Frechheit" und so weiter.

Trotzdem können wir von unserer Feststellung kein Wort zurücknehmen. Wenn General-Anzeiger-Redakteure nicht mehr wissen, welche Weisheit sie vor drei Jahren an „gute Freunde" weitergaben, so ist das nicht unsere Schuld.

*

In seiner verrenkt-hysterischen Verzückung keift der General-Anzeiger noch über einen anderen Punkt sein bekanntes Lied: Wir hätten den angekündigten Prozeß wegen der Schwartauer Flaggenmistgeschichte nicht durchgeführt!

Das ist richtig! Nach reiflicher Ueberlegung haben wir das getan. Während der Gerichtsferien (im August) brach die plötzliche Hungersnot über das deutsche Volk herein, die Polizeiunruhen fanden statt, Not und Elend schwollen ins Ungemessene. In solcher Zeit eine Reihe von Prozessen zu führen, wegen erbärmlicher Zeitungsbeleidigung? Darüber hätten wir uns wirklich und wahrhaftig geschämt!

Dazu kam, daß wir uns angewidert abwenden mußten von einem Gegner, der sachliche Polemik und persönlichen Verleumdungsklatsch weniger zu unterscheiden wußte als ein Gewohnheitsdieb mein und dein. Ein politischer Prozeß setzt immerhin eine gewisse Achtung vor dem Gegner voraus, und diese konnten wir uns beim besten Willen nicht mehr abringen.

Dazu kam, daß die Schwartauer Vorgänge durch die Untersuchung der Staatsanwaltschaft genügend geklärt waren. Jedermann kann sich dort Aufklärung schaffen. Auch Herr Knie! Aber seinen Lesern wird er davon bestimmt keine Mitteilung machen!

Jedenfalls warteten alle Beteiligten bis heute vergebens auf die vielangedrohte Anklage. Vielleicht aber setzt Herr Knie das Landgericht einmal in Bewegung. Wenn's geht.

Wir können nur wiederholen, daß uns der Ton, den der General-Anzeiger in neuerer Zeit bei sich eingeführt hat, — in trauter Gemeinschaft mit einem seiner besten „demokratischen" Gewährsmänner —, uns derartig anwidert, daß wir uns in Zukunft einem auf solcher Höhe stehenden Kampf fernhalten werden. Die Ehre eines politischen Blattes macht uns solche Zurückhaltung zur Pflicht!

*

Nicht verfehlen möchten wir jedoch, zum Schluß dem General-Anzeiger noch einen besonderen Dank auszusprechen. In seinem heutigen Bürgerschaftsbericht schreibt er wörtlich von der sozialdemokratischen Partei als **„einer Partei, die von einem Dr. Leber sich vorwärts treiben läßt."** Die Lübecker Proletarier werden diese Feststellung von gehässig-feindlicher Seite zu würdigen wissen. Und wir sind stolz darauf.

## Die ewige Verleumdungshetze.

SPD. Das „Deutsche Tageblatt“ und die „Deutsche Zeitung“ haben in den letzten Tagen heftige Angriffe gegen den Genossen Hilferding gerichtet, weil er die Kapitalverschiebung nach dem Ausland begünstigt habe. Durch das Reichsfinanzministerium soll nämlich angeordnet worden sein, daß Aufträge auf Ueberweisung von Zahlungsmitteln für ein sogenanntes „Versöhnungsopfer“ des deutschen Volkes an das französische Volk auch dann ausgeführt werden können, wenn die Genehmigung des Finanzamts nicht eingeholt ist. „Deutsches Tageblatt“ und „Deutsche Zeitung“ fordern deshalb, daß Hilferding vor den Staatsgerichtshof gestellt werde.

Dieser Angriff ist nur eine der üblichen persönlichen Verleumdungen, deren mangelnde Begründung ohne weiteres sichtbar ist. Bei dem sogenannten „Versöhnungsopfer“ handelt es sich um das Bestreben von pazifistischen Organisationen, einen Beitrag zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs zu liefern. Irgendein Privatinteresse ist damit überhaupt nicht verbunden. Aus diesem klaren Sachverhalt erklärt sich die Tatsache, daß niemand es für nötig gehalten hat, den verleumderischen Angriff des „Deutschen Tageblattes“ mit einer Erwiderung zu bedenken. Nachdem nun aber auch die „Deutsche Zeitung“ Kapital aus dieser Nichtbeachtung zu schlagen versucht, sei ausdrücklich festgestellt, daß das Reichsfinanzministerium bei dieser Angelegenheit überhaupt nur ausführendes Organ des Auswärtigen Amtes gewesen ist. Der Erlaß des Reichsfinanzministeriums ist erfolgt, weil das Auswärtige Amt das Ersuchen der pazifistischen Organisationen befürwortete. Das Reichsfinanzministerium war dadurch gezwungen, seine Bedenken zurückzustellen. Der Erlaß ist im übrigen wegen später aufgetauchter Bedenken nicht zur Ausführung gekommen.

Gegenüber dem Versuch, für die ganze Angelegenheit den Genossen Hilferding verantwortlich zu machen, sei ferner ausdrücklich festgestellt, daß der Erlaß von Hilferding nicht unterzeichnet wurde und nicht unterzeichnet werden konnte, weil er sich am 4. Oktober, dem Tage der Herausgabe des Erlasses, überhaupt nicht mehr im Amte befand.

## Hochverräter auf Herrensitzen.

SPD. Schlösser und Rittergüter sind heute die Aufenthaltsstätten aller „nationalen“ Abenteurer. Schon daraus ergibt sich, welchen Interessen der immer wieder angekündigte Putsch dienen soll und gegen wen er sich richtet. Bevor Ehrhardt in Bayern verhaftet wurde, weilte er monatelang auf einem Schloß bei Schliersee in Bayern. Auch heute hält er sich wieder in Bayern auf und wohnt dort abwechselnd in den verschiedensten Schlössern. Diese Tatsache bleibt bestehen, selbst wenn die amtlichen Reichsstellen noch weiterhin betonen sollten, daß Ehrhardt nach seiner Flucht aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis in Bayern Unterkunft nicht gefunden hat. Tatsache ist, daß er in der vergangenen Woche eine Nacht auf Schloß Oberlausingen bei einem Herrn von Cornelius gewohnt hat und in den beiden folgenden Nächten in Westhausen bei Baron Truchseß Unterkunft fand.

Bei den bayerischen Herren von und zu finden deutsche Hochverräter also jederzeit Unterkunft. Warum, werden sie am besten wissen. Aber auch der deutschen Arbeiterschaft sollte das eine Lehre sein, in Zukunft einig und geschlossen zusammenzustehen. Die Barone und Fürsten gewähren den Ehrhardt und Genossen selbstverständlich nur deshalb Unterkunft, um sie dereinst als Werkzeug zur gewaltsamen Wiedererstehung „vergangener Herrlichkeiten“ zu benutzen.

# Volkswirtschaft.

### Wirtschaftspolitische Wochenschau.

Die verflossene Woche wird durch eine auffallend starke Steigerung der Lebenshaltungs- und besonders der Ernährungskosten in Gold charakterisiert. Als Wirtschaft und Handel im Hochsommer dieses Jahres zur Festmarkrechnung übergingen, orientierte man sich im allgemeinen nach den Friedenspreisen. Erst später wurde auch in der Preisstellung die Entdeckung gemacht, daß der Goldwert, während wir in Deutschland ausschließlich mit Papiermark rechneten, bedeutend gesunken war. Der gesunkene Goldwert zeigt sich deutlich in den erhöhten Großhandelsindexziffern des Auslandes. Im September betrug der Großhandelsindex zum Beispiel in England nach dem „Economist“ 159,9, in der Schweiz auf Grund der Aufstellung des bekannten Statistikers Dr. Lorenz 181,1, die Federal Reserve-Board gibt für Amerika 162 an und in Holland berechnet das Statistische Zentralamt einen Index von 145. An den Großhandelspreisen gemessen kann man also die Entwertung des Goldes auf ungefähr 50 Prozent schätzen. Dieser Entwertungsfaktor kann aber keineswegs schablonenmäßig auf Deutschland übertragen werden, da die deutsche Preisbildung nur so weit mit der auf dem Weltmarkt parallel läuft, als ein Warenbezug aus dem Ausland tatsächlich stattfindet. Von einer mit dem Ausland völlig ausgeglichenen Wirtschaft kann aber in Deutschland gar keine Rede sein. Deshalb ist die Steigerung der Goldmarkpreise einfach ein Skandal. Durch sie hat sich, wie die „Industrie- und Handels-Zeitung“ errechnet, in der Vorwoche das Goldniveau des Lebenshaltungsindex von 76,2 auf 104,6 Prozent und das Goldniveau des Ernährungsindex von 93,5 auf 152,6 Prozent gesteigert. In Papiermark berechnet, haben sich die Lebenshaltungskosten glatt verfünffacht. Die in Dollar umgerechneten Preissummen sind bedeutend höher als im Frieden und liegen sogar, da das Niveau der Ernährungskosten in Amerika im September nur 146 Prozent des Friedensniveaus ausmachte, weit über dem amerikanischen, d. h. dem maßgebenden Weltmarktstand. Der Kaufkraftverlust des Dollars ist also in Deutschland durch die letzte Preissteigerung in Gold durchaus ausgeglichen und nicht unwesentlich überschritten worden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß wir, wie schon oben bemerkt wurde, keine mit dem Weltmarkt ausgeglichene Wirtschaft haben, die eine Anwendung des Goldentwertungsfaktors auf Deutschland, wie der Handel sie tatsächlich vorgenommen hat, rechtfertigen könnte. In deutschen Goldpreisen steckt auf jeden Fall eine gute Portion Inflationsgewohnheit in Form von Ueberforderungen, übermäßigen Risikozuschlägen, unangemessenen Profitraten usw. Das gute alte deutsche Prinzip: großer Umschlag und wenig Nutzen ist heute abgelöst worden durch eine höchst laxe Auffassung. Man verkauft wenig Wäre und kalkuliert den größtmöglichsten Nutzen. Die Entwicklung muß bald auch die Ueberreste der alten soliden Wirtschaft und des reellen Handels in Deutschland völlig vernichten. Die unerhört hohe Profitrate, verbunden mit den vielen und mühelosen Verdienstmöglichkeiten für Handel und Wandel sind ferner geeignet, die ganze Wirtschaft zu verlumpen und zu zerstören. Wenn die Verhältnisse weiter treiben wie bisher, wird die Wirtschaft sehr bald erkennen müssen, daß nicht der viel verschriene Marxismus sondern die von ihr ausgenutzte und mit allen Mitteln geförderte Inflation den Garaus vollenden.

Die kurz skizzierte gefahrvolle Preissteigerung erlaubt sich bei ausgerechnet einem Volk, dessen Kaufkraft und Export fast restlos zu Ende ist. Nur ein Beispiel für die Wirkung der übersetzten Preise: Deutschland bezieht augenblicklich noch immer pro Monat eine Million Tonnen englischer Kohle. Der Import, der äußerst schwer auf dem Wechselkurs der deutschen Mark lastet, ist also nur um ein Fünftel zurückgegangen. Der Grund für die außergewöhnlich starke Einfuhr ist erst in zweiter Linie die Qualität und Eignung der englischen Kohle. Wie praktische Wirtschaftler bestätigen, ist die Billigkeit das Hauptanreizmittel für den Import. Kann es also wundernehmen, wenn die Arbeitslosigkeit in Deutschland wächst? Wir wollen von dem Ruhrgebiet absehen, wo über zwei Millionen Erwerbslose unterstützt werden müssen, weil dort die Verhältnisse an und für sich anormal sind. Deutlicher spiegelt sich die Wirtschaftskrise im unbesetzten Gebiet wieder. Die Zahl der Arbeitslosen wurde schon vor Tagen auf 800 000 geschätzt, deren Versorgung allein an Reichszuschüssen täglich Tausende von Billionen Reichsmark kostet. Die für den laufenden Monat erforderliche Summe wird mit über 100 Goldmillionen angegeben. Die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder gibt ein annähernd richtiges Bild der unheilvollen Situation. Es sind arbeitslos im Deutschen Metallarbeiterverband 10,5, bei den Hirsch-Dunckerschen Metallarbeitern 2,9, den christlichen Fabrik- und Transportarbeitern ebenfalls 2,9, den Tabakarbeitern 27,5, den freien Maschinisten und Heizern 3,9, dem Deutschen Textilarbeiterverband 7,2, dem Bekleidungsverband 19,8 und bei den Lederarbeitern 8,2 Prozent aller organisierten Mitglieder. Dazu kommt die täglich mehr anschwellende Zahl der Kurzarbeiter, die z. B. bei den Bekleidungsarbeitern 45,5 Proz. betrug. Bei den Schuhmachern arbeiteten in der verflossenen Woche noch nicht ganz 10 Prozent der organisierten Mitglieder wöchentlich 48 Stunden. Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsminister, deren Aufgabe es ist möglichste Linderung und Erleichterung zu verschaffen, haben völlig versagt. Das kann nach den wenigen Tagen ihrer Amtsdauer mit allem Recht konstatiert werden. Finanzen und Wirtschaft der deutschen Republik waren kaum in schlechteren Händen als augenblicklich. Die ganze Wirtschaftspolitik des Herrn Koeth, die an die Moral der deutschen Ausbeuter und Geschäftemacher appelliert, richtet sich von selbst und Herr Luther erlaubt sich den grausamen Scherz, mit guten Devisen die Markkurse im Ausland zu haussieren, während er den Devisenschiebern in Deutschland wertvolle Chancen zu neuen Kunsttreibereien gibt.

Allerdings scheint sich die Regierung jetzt mit der Wirtschaft einig geworden zu sein, die überzogenen Preise von der Lohnseite abzubauen. In letzter Zeit ist eine Anzahl von Tarifen auf Goldmarkbasis abgeschlossen worden. Bei allen Verhandlungen konnte man das Bestreben auf der Unternehmerseite wahrnehmen, die Löhne ungefähr auf 80 Prozent des Friedensstandes herabzudrücken. Man muß schon annehmen, daß an zentraler Stelle eine entsprechende Abmachung getroffen worden ist, wobei Herr Dr. Brauns, der gegenwärtige Arbeitsminister, nicht so ganz unbeteiligt zu sein scheint. Dadurch wird der deutsche Arbeiter, da 80 Prozent des Friedenslohnes bei weitem nicht vier Fünftel des Reallohnes vor dem Kriege ausmachen, auf die sprichwörtlich schlechte Lebenshaltung des schlesischen Webers verwiesen. Der amerikanische Großindustrielle Henry Ford, einer der erfolgreichsten Privatwirtschafter, führt die Steigerung seiner Produktion in Menge und Güte auf die angemessene Bezahlung seiner Arbeiter zurück. Es scheint in Deutschland notwendig geworden zu sein, unsere Wirtschaftskapitäne an das alte Verhältnis von Lebenshaltung und Produktion zu erinnern.

## Devisen-Kurse.

**Berlin,** 13. November.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

| | | 12. November. |
|---|---|---|
| Amsterdam | 1 fl. | 243 990 000 000 |
| Brüssel (Antwerpen) | 1 Fr. | 30 923 000 000 |
| Kristiania | 1 Kr. | 93 765 000 000 |
| Kopenhagen | 1 Kr. | 107 730 000 000 |
| Stockholm | 1 Kr. | 165 585 000 000 |
| Helsingfors | 1 finn. Mk. | 16 957 000 000 |
| Rom | 1 Lire | 27 930 000 000 |
| London | 1 „ | 2793 000 000 000 |
| Neuyork | 1 Dollar | 628 425 000 000 |
| Paris | 1 Frs. | 35 910 000 000 |
| Zürich | 1 Frs. | 111 720 000 000 |
| Madrid | 1 Pesetas | 83 790 000 000 |
| Wien | 100 Kr. | 8 994 000 000 |
| Prag | 1 Kr. | 18 354 000 000 |
| Budapest | 1 Kr. | 33 915 000 000 |

# Vermischte Nachrichten.

**Die Alten auf dem Bettel.** Ein Elendsbild aus der Großstadt wird im „Vorwärts“ wie folgt beschrieben: Man soll sich heutzutage über nichts mehr wundern. Über eines wundert man sich dennoch: wovon leben die vielen alten Leute, die uns halb zerlumpt oder in abgetragenen dünnen Fähnchen auf der Straße über den Weg humpeln? Die Invaliden- und Altersrente reicht natürlich nicht hin und her. Wo Rente nicht gezahlt wird, tun die Berliner Wohlfahrtsämter viel, sehr viel; aber nicht alles können sie tun, um den Notleidenden völlig zu erhalten. Armenunterstützung war immer nur eine Beihilfe, vielfach der Ersatz für die Pflichtvergessenheit der Kinder gegenüber den Eltern. „Eine Mutter kann zehn Kinder ernähren, aber zehn Kinder nicht eine Mutter.“ Unglaublich ist es, mit welchen Finessen schon früher die Unterhaltungspflicht auf die Armenverwaltungen abgewälzt wurde. Die Kinder haben für die darbenden Eltern wenig oder nichts übrig. In der neueren Zeit haben sich die Verhältnisse noch ungünstiger verschoben. Viele, die pflichtbewußt halfen, können es nur noch ganz notdürftig oder nicht mehr, haben kaum für sich selbst das Brot. Die Alten, zu jeder Arbeit zu schwach, gehen in Häusern und Straßen auf den Bettel. Nie zuvor hat man in Berlin soviele weißhaarige Bettler gesehen. Nach dem Kriege waren es die Schüttler und Amputierten, über die man fast stolperte; heute sind es die sich vor dem Hungertode fürchtenden Greise und Greisinnen. Haufenweis stehen sie in Laufgegenden an den Straßenecken, vor Bahnhöfen und Hotels, vor Theatern und besonders vor der Börse. Drinnen der wildeste Geld- und Genußtaumel, draußen der in den Gedärmen fressende Hunger. In fliegender Hast stürzen die Börsenleute aus dem Auto, noch ehe es hält. Jetzt ist keine Minute Zeit zum Hungerstillen, jetzt regiert nur das Spekulationsfieber. Erst nach Börsenschluß fallen die Brosamen. Wer von den Alten einen glücklichen Paß erwischte, trägt Milliarden heim. Milliarden . . . protziges Wort! Erst hunderte davon sichern den Besitz eines Brotes. Täglich mehren sich die Scharen derer, die öffentlich den Hunger zeigen. Berlin, im Auslande von Unwissenden noch immer als reich verschrien, ist auf dem besten Wege, die Großstadt der Bettler zu werden.

**Der Todessturz in den Mühlgraben.** Aus Stettin wird berichtet: Der Knecht Karl Schulz auf Saager bei Kolberg unterhielt mit dem Dienstmädchen Hafermann aus Garchen ein Liebesverhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Man fand jetzt das Mädchen im Mühlgraben ertränkt. Wie sich herausstellt, hat Schulz das Mädchen in den Mühlgraben gestoßen, um sich den in Aussicht stehenden Vaterpflichten zu entziehen. Schulz wurde verhaftet und hat bereits ein Geständnis abgelegt.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

# Die Figurantin.

Der Roman eines Dienstmädchens.

Von Leon Frapie.

38. Fortsetzung.

Anfangs entschied sich Sulette dahin, sie wollte es nicht lieben. Aber wie widerstehen. Man ist nicht Herr seiner Gefühle.

Nach vierundzwanzig Stunden schon überraschte sie sich dabei, daß sie den Pausback umarmte. Nach zwei Tagen schon hörte sie anscheinend, um ihn länger zu behalten, nicht mehr die Frau rufen.

Trotzdem, ein Punkt blieb unerklärlich: sie liebte Baby mit Bedauern, mit Furcht, fast mit Gewissensqual. Jedesmal, daß sie es umarmte, dachte sie an „das andre“, an ihres, welches gestorben war, und sie empfand das Elend, die Ungerechtigkeit, die damals ausgestandene Pein. Sie hegte auch eine Besorgnis, ein schlimmes Vorgefühl, wie, wenn sie, von einer ansteckenden Krankheit behaftet, das Kind ihrer Herrschaft nich't hätte umarmen dürfen.

*

Die kleine Frau Fink unterhielt sich nachmittags, während der zukünftige Architekt draußen seinen unbegrenzten Projekten nachjagte, mit Sulette, denn sie konnte schließlich nicht aufhören, von dem Kinde zu sprechen.

„Setzen Sie sich hierher, Marie, Sie können mir die Nadeln reichen.“

Im Salon, beim Fenster, das Arbeitstischchen zwischen ihnen, plauderte die Frau unaufhörlich, sich ganz dem Vergnügen des Ein- und Auswickelns von Baby hingebend.

Man fühlte, daß sie nicht um Mariens willen sprach: das geschah ihrethalben nur, in Ermangelung von Besserem würde sie für sich allein geschwätzt haben.

Oft probte sie vor Marie die Bemerkung aus, welche sie zu den jungen Frauen, ihren Freundinnen, bei Gelegenheit des nächsten Besuches, äußern wollte. Sulette beobachtete das mehrere Male: sie zitierte fließend am folgenden Tage Ansichten über Kindererziehung, welche sie tags zuvor, tastend, vor dem Arbeitstischchen, entwickelt hatte.

Das Lieblingsthema der Frau Fink, der Grundgedanke, den sie Marie ohne Aufhören und in allen nur erdenklichen Variationen darzulegen strebte, war die Freude, ein Kind zu haben. Ihre Sprache wurde zuweilen poetisch, begeistert, singend.

Und nicht allein zeigte sie dem Dienstmädchen das ganze Glück, alle Wonnen, die aus dem Besitz eines Kindes hervorgehen, sie bewies ihr auch die Unmöglichkeit, glücklich zu sein, die Zwecklosigkeit, ohne Kind zu leben.

Wider ihre Absicht und mit einer um so höheren und unmittelbaren Wirkung realisierte sie die Grausamkeit eines Reichen, der seine Schätze vor einem Hungerleider ausbreitet und dessen Not verspottet, sie überrechnete wider und wider ihr mütterliches Glück. Nach Aufzählung ihrer Wonnen ging sie auf den aussichtslosen Kummer ein, welcher den Gegensatz bilden mußte.

„Sehen Sie, Marie, eine Frau ohne Kind, das ist keine Frau. Und übrigens, die Natur tritt ihre Rechte nicht ab. Mama machte mich oft darauf aufmerksam: unter unserm Bekanntenkreis gibt es Ehepaare, schon ältere, die haben kein Kind; selbstredend wollten sie keins und sie freuen sich über das Resultat: wieviel Sorgen weniger, wieviel Ersparnisse usw. Nun, diese so befriedigten Leute wissen nicht, was sie für Mittel anwenden sollen, um die Kinder andrer in ihr Haus zu ziehen! Ja, unter allen möglichen Vorwänden sind sie darauf erpicht, ihre Neffen und Nichten sich zu leihen, sogar die kleinen Knaben der gewöhnlichen Bekanntschaft.“

Sie verschärfte ihre Grausamkeit noch:

„Denken Sie doch, Marie! Keine Gegenwart könnte den Gedanken ausfüllen, wie es ein Kind tut. Das kann einen närrisch vor Freude machen: in jedem Augenblick, mit jeder Bewegung „gestaltet man die Zukunft“. So schaffen Sie selbst, mit Ihren Händen, — halt! Wie Sie zittern! — in diesem Augenblick, mit diesem Schwamm, in einem unendlich schwachen Grade, die Gesundheit, die zukünftigen Jahre, die Kraft des kleinen Paul, des Mannes, der dieser kleine Paul sein wird.“

*

Frau Fink redete nicht ins Blaue: sie würde diese Sprache nicht vor einem ledig gebliebenen Mädchen ohne Mitgift und Verehrer geführt haben, nicht vor einer Witwe, nicht vor einer kinderlos gebliebenen Frau aber was! Warum sich vor Marie in acht nehmen!

Der Gedanke kam ihr gar nicht in den Sinn, daß Marie gegen ihre Mutterschaft von Neid erfüllt sein könnte und darunter litt, und, wahrhaftig, es lag nicht im Bereich der Vorstellung, daß Marie eine Vergangenheit haben konnte, noch daß sie hoffnungslos eine andre Zukunft sich wünschen sollte als ihre derzeitige Knechtschaft.

Sulette konnte nicht anders, sie mußte den kleinen Paul lieben; dabei litt sie nicht allein daran, daß ihre eigene Mutterschaft hingemordet worden war, sie litt auch, kein Recht an dem Kinde der andern, keinen Anteil an seinem Besitz zu haben, denn die Zärtlichkeitsausbrüche der Mutter schlossen sie unbarmherzig aus:

„Wem gehört das Küchelchen? Seiner Mama. Möchten Sie es, Marie? Sie kriegen es nicht . . . Rümpfe dein Näschen, mein Schatz, um Marie zu verjagen.“

Der Frau gegenübersitzend, lachte die eifersüchtige, ohnmächtige Sulette, ohne sich zu regen: nichts zu machen, wenn sie nicht das Kind stehlen wollte und fliehen.

Aber in ihrer Kammer brachte Sulette bisweilen Stunden damit zu, daß sie, wie ein wildes Tier im Käfig, hin und her lief.

Sie hegte Zorn, nicht gegen Frau Fink selbst, deren Charakter in keiner Weise schlecht war, aber gegen das Glück der Frau Fink und gegen ihre Selbstzucht. Sulette handelte unter dem Drange, sich zu rächen, ihre Herrin in Vergeltung der ihr zugefügten Wunden zu verletzen — unter dem Drange endlich, zu beweisen, daß trotz allem Marie ein lebendes Wesen.

Das Spiel mit Baby war oft ein Spiel zu dreien, zwischen dem Herrn, der Frau und Marie.

„Marie, geben Sie mir das Kleine,“ sagte die Frau.

„Ich untersage es Ihnen streng, Marie!“ rief der Herr, „mir haben Sie es zu bringen.“

„Ach! aber nein! ich habe es zuerst verlangt, verstanden, Marie?“

Sulette antwortete:

„Nun, gnädiger Herr, gnädige Frau, um keinem Unrecht zu tun, behalte ich es.“

Der Herr antwortete nichts; während eines Augenblicks schien er an ganz was andres zu denken, heimlich jedoch näherte er sich Marien und nahm ihr unvermutet das Kindchen weg. Aber kurz darauf raubte es ihm Marie listig und gab es der Frau zurück.

Daraus entspannen sich Vertraulichkeiten zwischen Marie und dem Herrn, gewisse unfreiwillige Berührungen, welche aber Begegnungen der Blicke, Messen mit den Augen, beinahe gegenseitige Herausforderungen, mit sich brachten.

Dann gab es — lange nach diesem Spiel — abends nach dem Diner Anflüge von Zärtlichkeit, Lächeln herüber und hinüber, gleich Lockungen zu lustigem, gemeinsamen Beginnen.

(Schluß folgt.)

## Amtlicher Teil

**Der Senat** hat den Rechtsanwalt Dr. jur. Karl **Kähler** zum bürgerlichen Mitgliede bei der Behörde für Travemünde wiedergewählt. (8266

## Invalidenversicherung.

Vom 12. November ab werden die für die Lohnklassen zurzeit maßgebenden Verdienstgrenzen und die Beiträge um das Fünffache erhöht. Beitragsmarken kosten also das Zehntausendfache des aufgedruckten Geldwertes. (8261

**Landesversicherungsanstalt der Hansestädte.**

**Oeffentliche Zustellung.** Ehefrau Minna **Henne**, geb. Freiberger, Hannover, vertreten durch Rechtsanwälte Jacobsohn, Dr. Meyer, Dr. Bründel, Lübeck, klagt gegen Ehemann, Former August **Henne**, zuletzt Fackenburg, jetzt unbekannten Aufenthalts, mit Antrag, die Ehe der Parteien zu scheiden und Beklagten für allein schuldig zu erklären. Klägerin ladet Beklagten zur mündlichen Verhandlung vor Landgericht, Zivilkammer II, Lübeck, auf 7. Januar 1924, morgens 10 Uhr, mit Aufforderung, einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt zu seinem Vertreter zu bestellen. Lübeck, 6. 11. 1923. Gerichtsschreiber des Landgerichts. (8260

## Nichtamtlicher Teil


**Die Gasrechnungen sind zu hoch!**

**Was ist zu tun?**

Die Anschaffung des

**Sparkochers „Küchenfee"**

hilft Ihnen aus allen Verlegenheiten. Staunend geringer Brennstoffverbrauch. Kostenlose, unverbindliche Besichtigung jederzeit. Billigste Fabrikpreise.

**Christianus & Co.,** Maschinenfabrik, Lübeck, Fackenburger Allee 56. (8 95

Unsere nur erstklassigen, allgemein eingeführten u. nachweislich tausendfach freiw. glänzend begutacht.

**Bettstellen** aus Metall für Erwachsene u. Kinder.

Stahlmatratzen, Polster, Decken, Federbetten liefern wir frachtfrei direkt an Private zu günstigsten Preisen und Bedingungen. Katalog 43 U frei.

**Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)** (7482

**Geschlechtsleidende!**

Heilung ohne Quecksilber, ohne giftige Einspritzung, ohne Berufsstr.; aufklär. Broschüre m. tats. freiwill. Dankschreib. über 1) Harnröhrenleiden (Ausfluß), 2) Syphilis, 3) Mannesschwäche, 4) Weißfluß kostenlos in verschloss. Briefumschlag ohne Aufdruck, gegen Einsendung des doppelten Briefportos für Porto etc. Leiden genau angeben!

**Dr. med. H. Sommann, G. m. b. H.,** Berlin 478 Lietzmannstr. 22. (8035

**Felle — Haare**

kaufen höchstzahlend (8164

**Gebr. Wagner, Fell-Spezialgeschäft**

Dankwartsgrube 26, Holstenstr. 8. Tel. 3414.

Trinkt

**Lübecker Porter und Malzbier**

in Gebinden und Flaschen

in anerkannter Güte. (4337

**H. Bade.**

Telephon 1881.

Speisekarten

Weinkarten

für Hotels und Restaurants vorrätig und in jeder Stückzahl zu haben.

Buchhandlung

Lübecker Volksbote,

Johannisstraße 46. 18

**Gemeinnützige Bestattungsgesellschaft**

Hundestr. 49/51 Telephon 2451

bietet sicherste Gewähr für 6044

**preiswerteste, pietätvolle Ausführung aller Bestattungen.**

Wir empfehlen:

**Ia. mitteldeutsche Braunkohlen-Briketts**

**zum Preise von 2 Goldmark.**

**Meyer & Burmeister,**

8269) **Hundestraße 76.** — Telephon 1750.


**S. P. D.**

**Ortsgruppe Schlutup.**

Mittwoch, d. 14. Nov., abds. 7½ U. i. Vereinslok. **Mitgliederversammlung**

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Erscheinen aller ist Pflicht.

8268) **Der Vorstand.**


**Halbleinewand** z. verkaufen od. geg. 2 neue od. gut erh. gleiche Bettstellen mit Matratze zu tauschen gesucht. Ang. u. **C 445** a. d. Exp. (8264

Frdl. 3-Z.-Wohn. i. Vorwerk m. Gas geg. gleiche v. Holstentor (N. Bahnhof) zu t. ges. Ang. u. **C 446** a. d. Exp. (8262

Ges. 3-Zimmer-Wohn. abgeschl., v. Holstentor, N. Bahnhof, gegen 3-Z.-Wohnung innere Stadt. Off. unt. **C 447** an die Exped. d. Ztg. (8263

**Kartoffelschale**

100 Mill., Dienstag u. Freitag zw. 3 u. 4 Uhr. 8265) Moisl. Allee 86a.

Gelber Hund entlauf. Steuerz. A 5721, abzug. geg. Belohnung (8273 St. Annenstr. 16.

**Land-Tausch.**

Mein Land Buntekuh (Ziegelstr.) suche gegen gleiches Holstentor-Nord zu tauschen. 8274

Schwart. Allee 117, ptr.


**Konsumverein für Lübeck und Umgegend**

e. G. m. b. H.

## Mitteilungen an unsere Mitglieder!

### Kartoffelversorgung.

Wer Kartoffeln für den Winterbedarf bei uns bestellt hat, muß sich zwecks Zuteilung an die betreffenden Abgabestellen wenden, da wir in diesen Tagen wieder größere Zufuhren erhalten. Abgabe erfolgt nur in den Abgabestellen nach Umfang vorhandener Bestände.

### Wertbeständige Zahlungsmittel.

Im Interesse der Warenversorgung bitten wir unsere Mitglieder, uns nach besten Kräften Devisen und andere wertbeständige Zahlungsmittel zuzuführen, da die gesetzlichen Beschränkungen betreffend die Annahme von Devisen aufgehoben sind.

### Geschäftsanteil.

Die Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel wird uns die Möglichkeit geben, in absehbarer Zeit wieder zu einem festen Geschäftsanteil zu kommen. Es können daher heute schon bis zu 500 Milliarden Mark eingezahlt werden. Wer unsere Warenversorgung verbessern will, stärke unsere Betriebsmittel. — Hinsichtlich der Sicherheit der uns anvertrauten Gelder bemerken wir, daß allein unsere Bäckerei viel mehr wert ist, wie die Geschäftsanteile selbst bei restloser Einzahlung von 500 Milliarden Mark je Mitglied ausmachen würden.

### Unsere Aufgaben für die Zukunft.

Die furchtbare Not unseres Volkes zwingt den Gedanken der Selbsthilfe stärker in die Tat umzusetzen. Erste Aufgabe für uns muß es daher sein, die Verteilung der Bedarfsgüter restlos in die Hand zu bekommen. — Umsatz bedeutet Macht und stärkt unsern Einfluß auf die Erzeugung. Unter den **Verbrauchern** darf es daher **keine** Kräftezersplitterung geben.

8270) **Der Vorstand.**

Glänzend ist das Resultat, Geldersparnis keine Mühe, Wer Erdal im Hause hat spart schon zeitig in der Frühe.

**Erdal**

Schuhpasta Bohnerwachs

Werner & Mertz A.-G. Mainz

8268

**Geschäftsbücher**
**Schreibblocks**
**Rechnungsblocks**
**Quittungsblocks**
**Kuverts**
**Klebemarken**
**Kellnerbonsbücher**
**Tinte, rot u. schwarz**
**Leim, gute Qualität**
**Bleistifte, Kopierstifte**
**Federn, Federhalter**

zu haben in der (3762

**Buchhandlung Lübecker Volksbote.**

**Ehlers & Reetwisch**

Holstenstr. 1. St. Petri 2-4.

**Herren- und Damen-Konfektion Schuhwaren.**

Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.

1025a

**Dr. med. Heick,** (8252

Musterbahn 5,

**Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten**

hält Sprechstunde ab

**Holstenstraße 17,** 9—12 und 4—7 Uhr. Fernspr. 2950.

**Zeitungs-Austrägerin**

für **Rensefeld** (8117

zu sofort gesucht bei guter Entlohnung.

Zu melden bei: **Giese, Rensefeld.**

**Beitragsmarken**

**für Vereine und Gewerkschaften**

fertigt an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung

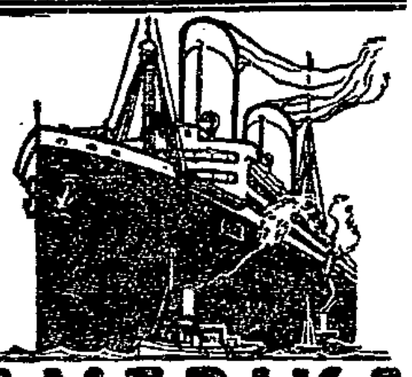
**Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co**

**Visitenkarten**

werden in modernster Ausführung angefertigt bei

**Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46**

**BREMEN**



**AMERIKA**

**OSTASIEN**

**AUSTRALIEN**

Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung f. Reisende aller Klassen

**Reisegepäck-Versicherung**

Nähere Auskunft durch

**NORDDEUTSCHER LLOYD**

**BREMEN**

und seine Vertretungen

in Lübeck: **C. F. Schütt & Co.,** Untertrave 12/13. (8256

**Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs,** e.V. Fahrkartenausgabestelle u. Reisebureau des Norddeutschen Lloyd, Mengstr. 4 Buddenbrookhaus.

in Hamburg: **Norddeutscher Lloyd Generalvertretung: Wilhelm Lazarus,** Bergstraße 11, (Haus Commeter).

**DAMENKLEIDERSTOFFE**

in reichhaltiger und gediegener Auswahl empfiehlt zu konkurrenzfähigen Preisen, da **direkt** ab **sächsischer** Fabrik,

**F. Spethmann, Breite Str. 31**

(im Hause Arnold Berg)

8211) **Etagengeschäft.**

**Prima Kernleder-Sohlen.**

**26 Beckergrube 26.** (7984

**Der Neue Weltkalender von 1924**

ist erschienen. Grundpreis 30 Pfg.

**Buchhandlung des Lübecker Volksboten, Johannisstraße 46.**

**Zirka 6000 Pfd. Rindfleisch**

kaufte soeben noch in Papiermark, folglich bin ich in der Lage, selbiges äußerst billig anzubieten und zwar (8272

**gefr. Rindfleisch Pfd. 160 Milliarden, Braten 180, fr. Hack 200, Rollfleisch und Beefsteak 260, Schmalz 240.**

Gutscheine auf Fleisch gebe ich heute aus für Freitag u. Sonnabend wertbeständig zum Preise von 160 Mill. pr. Pfd. Trotz meiner billigen Preise gebe ich in jeder wertbeständigen Zahlung 20 Proz. Rabatt.

**O. Stöver,** Wahmstr. 22. Tel. 2133.

**Kolosseum**

Morgen Mittwoch: 8257

**Gr. Ball.**

Kassenöffn. 5½ Uhr **Joh. und R. Mittag.**

**Trocadero.**

Schüsselbud. 4. F. 787

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:

**Stimmungs-Konzerte.** 8242

**Hansa-Theater.**

Täglich 7½ Uhr: (8271

**Frühlingsfee.**

Singspiel in 3 Akten von Victor Corzilius.

**Stadttheater Lübeck.**

Mittwoch, 7,30 Uhr: **Cosi fan tutte.**

Donnerstag, 7,30 Uhr: **Schöne Galathee, Brüderlein fein, Ungarische Tänze.** (8267)

# Lübecker Volksbote

Beilage. Dienstag, 13. November 1923. Nummer 260.


## Freistaat Lübeck.

Dienstag, 13. November.

### An die da oben!

Hört ihr des Riesen trotzigen Schritt!
Seht ihr die Flamme steigen?
Wir von da unten, wir reden mit,
Brechen das blindische Schweigen.

Nahen in siegender Lebenslust,
Trotz eurer Ränke und Kniffe,
Und zerfetzen den modrigen Wust
Stinkender Freiheitsbegriffe!

Feuer im Blut und Sonne im Blick,
Halten wir neuen Germanen
Hoch auf den Schanzen der Republik
Trotzig die neuen Fahnen!

Seht ihr die Flamme? Seht ihr das Heer?
Ringsum da stehn unsre Wachen —
O, keine Rechnung werdet ihr mehr
Ohne die Arbeiter machen!!

Ernst Böhnken.

## Aus der Bürgerschaft.

**Das Mißtrauensvotum. — Die Sehnsucht nach Goldmiete. — Ein Jugendwohlfahrtsgesetz. — Finanz- und andere Gemüter.**

Die Rechtsparteien wollten noch einmal das Vergnügen haben, den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag gegen den Senat namentlich bestätigt zu sehen. Der Wunsch wurde erfüllt, an der Tatsache aber nichts geändert. Es bleibt dabei: **„Der Senat besitzt nicht mehr das Vertrauen der Bürgerschaft.“** Die sozialdemokratische Fraktion setzte durch ihre zweimalige Abstimmung den Schlußstrich unter die geradlinige Politik, die folgerichtig zu diesem parlamentarischen Ausklang führen mußte und an der nicht mehr zu deuteln ist. Das versuchte zwar der Wortführer der Demokraten, Herr Klein, der unserer Partei Inkonsequenz vorwarf. Wo dieser Widerspruch in Wirklichkeit zu suchen ist, das würde sowohl in der Bürgerschaft wie im Volksboten dutzendmal klargestellt. Das Wehklagen der Rechtsparteien über angeblichen sozialdemokratischen Terror und Nachtaustutzung mußte im Winde verhallen, wenn die Herren das doppelzüngige Treiben ihrer Gesinnungsgenossen im Reich in Vergleich stellen wollten. Doch so weit fliegt der Vogel nicht, der hier um sein Körnacker seine Schwingen breitet, und der jahrzehntelang keinem Mäuslein ein Körnchen gönnte. Der Senat protestierte ebenfalls noch einmal gegen das Unabänderliche. Er servierte sogar noch etwas Honigseim und ließ durch den Wortführer erklären, daß er auf die reichsgerichtliche Entscheidung des Artikels 14 unserer Landesverfassung keinen Wert mehr lege. Durch die Verfassungsänderung ist diese selbstverständlich hinfällig, aber interessant wäre sie trotzdem gewesen. Nun mögen die Würfel rollen. Gralshüter waren die Herren ja doch nur solange, als Klassenwahlgesetze ihnen die Macht verliehen. Und selbst die Partei um Herrn Klein herum haßte gleiches Recht. Verkündete doch gerade Herr Klein vor einem Jahrzehnt in der Bürgerschaft, die Sozialdemokratie habe die Hansestädte dazu ausersehen, um in den Bundesrat einzuziehen. Warum nun das Geschrei, wenn andere ausziehen müssen?

Wie schon so oft versuchte es Herr Klein, auch gestern die Debatte mit persönlichen Zänkereien zu vermischen. Um die „geistige und politische Höhe“ früherer Bürgerschaften wieder zu erklettern. Der „ältere Herr“ ist eben etwas eitel. Getreu einem von der sozialdemokratischen Fraktion aufgestellten Grundsatz wurde darauf nicht mit einem Wort erwidert. Um den aufgeregten Herrn zu zwingen, in der Bürgerschaft endlich sachliche Politik zu treiben.

Die Vorlage über die Erhöhung der Grundsteuer gab dem Arbeitsgemeinschaftler Schlosser Gelegenheit, seinen mittelständlerischen Vortrag zum xtenmal zu wiederholen. Wie Faustens Gretchen zupfte er am Geschmeide und rief ein- über das anderemal: Am Golde hängt, nach Golde drängt doch alles! Also gebt uns Goldmiete, dann kriegt ihr auch Goldlohn. Dabei hat der Mann vom Pinsel noch den grandiosen Einfall, die Miete nach dem Einkommen zu bemessen. Ein System, das früher in Straßburg Usus war und wo der Hausagrarier den Wohnungsuchenden auf Herz und Geldbeutel prüfte. Einstens war es die Kinderzahl, die den Aermsten von anständigen Wohnungen fernhielt, heute soll es die Goldmark sein. Das gäbe eine schöne Schöpfung. Das Einkommen wirkt sich sowieso schon in der Auswahl der Behausung aus. Die spezifischen Hausagrarier möchten wohl solch eine direkte Besteuerung des Einkommens zu ihren Gunsten, just dieselben Leute, die die größten Feinde direkter Besteuerung sind, sofern es ihren eigenen Geldbeutel betrifft. Die im Geschäftsleben eingerissene Schiebung mit der Goldmark auf das Wohnungswesen zu übertragen, solange das wertbeständige Zahlungsmittel nur in Händen weniger ist, würde den Zusammenbruch der Wirtschaft vollends besiegeln. Daß die Mieten der Geldentwertung einigermaßen angepaßt werden müssen, ist selbstverständlich, bei 7000 Erwerbslosen und der gewaltigen Ueberteuerung sämtlicher Lebenserhaltungsmittel jedoch ein Unternehmen, das nicht sorgfältig genug behandelt werden kann.

Erfreulich ist die Erledigung des Jugendwohlfahrtsgesetzes. Mit seinem Inkrafttreten am 1. Dezember fallen eine Menge Einzelverordnungen fort, der Schutz der Jugend vom Tage der Geburt bis zum Jünglingsalter wird im ganzen lübschen Staatsgebiet einheitlich geregelt und die Ueberwachung untersteht paritätisch gebildeten Ausschüssen. Lübeck geht hier vorbildlich zu Werke.

Daß auch in Lübeck noch vielfach stoische Bureaukratenseelen herumgeistern, wurde durch eine Anfrage Henks bewiesen. Wie er mitteilte, würden die Ret- und Rohrwertungen bereits im Frühjahr verpachtet. Diese vielbegehrten Staatsnutzungen stehen hoch im Preise; sie sind voriges Jahr schon für einen Bettelpfennig einem einzigen Schlauberger überliefert worden. Der Mann hatte Millionen verdient und soll heuer mit Billionen gefüttert werden. Weil die Staatskasse so zum Platzen voll ist. Entspricht dieser Vorwurf den Tatsachen, dann muß der Schuldige unbarmherzig zur Rechenschaft gezogen werden. In das gleiche Kapitel gehört die von Helle angeführte Unart der Friedhofsbehörde, einen Grabgesang so quasi als Lustbarkeit zu behandeln und besonders mit Reparationen zu belegen. Da könnte man beinahe den Tischlermeister Rosenquist daneben stellen, der Meister und Gesellen uns Stifte in Bewegung setzte, um einem faulen Mieter mit vier Nägeln ein Fußbodenbrett festzunageln. Richtiger wäre es, man würde aus den losen Brettern eine Kiste zimmern und den alten Plunder mitsamt dem Rosenquistschen Sozialistentöterpatent einpacken. Ein paar Vierzöllige, recht herzhaft reingehauen, werden genügen, um allen alten Kram das Lebenslicht auszupusten. Den Grabgesang könnten ausgedörrte Beamtenseelen selbst anstimmen. Die Republik würde keinen Schaden erleiden.

### Über die Ursachen der neuen Preissteigerung

gibt der Vorwärts einen Bericht heraus, der auch auf andere Gegenden Deutschlands zutrifft und dessen Wesensinhalt sich auch mit den Aeußerungen deckt, denen wir in einigen Artikeln in den letzten Tagen Ausdruck verliehen haben. Unser Zentralorgan schreibt: Die Not auf dem Berliner Lebensmittelmarkt hat durch den rasenden Sturz der deutschen Mark eine nicht unbedenkliche Verschärfung erfahren. Schon am Sonnabend trat über Nacht **eine fast 100prozentige Preissteigerung für Fleisch und Wurstwaren** in Erscheinung, die im Laufe des Sonnabend auch auf andere Lebensmittel, besonders auf Auslandsschmalz, Margarine usw. übergriff. Heute (Montag) morgen waren in den Markthallen nur sehr wenige Stände geöffnet, die überhaupt Lebensmittel verkauften. Ganz besonders trat die Knappheit an Fleisch- und Wurstwaren in Erscheinung und Auslandsfette wurden nur in ganz geringem Umfange verkauft. Wie die VS.-Korrespondenz hierzu mitteilt, soll diese Knappheit in allererster Linie durch die **künstliche Niedrighaltung des Dollars** bedingt sein. Der Großhandel soll in den letzten Tagen, ebenso wie die Industrie, nur ganz geringe Devisenbestände erhalten haben, mit denen er nicht imstande war, auch nur entfernt den Bedarf an Ware zu decken. Der Kleinhandel bleibt infolgedessen unbeliefert und so ist innerhalb weniger Tage eine außerordentlich bedenkliche Verknappung der wichtigsten Nahrungsmittel eingetreten. Die zuständigen Behörden stehen dieser Tatsache machtlos gegenüber. Sie können wohl dort eingreifen, wo beim Großhändler noch Ware vorhanden ist und vermögen eine Abgabe der Bestände durch Beschlagnahme an den Kleinhandel zu erzielen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß, **wenn diese Vorräte aufgebraucht sind, Neubeschaffungen nicht mehr möglich sein werden**, wenn nicht durch größere Zuteilung von Devisen der Handel in die Möglichkeit versetzt wird, aus dem Auslande Waren hereinzubringen. **Die ungeheuerliche Preissteigerung für Fleisch- und Wurstwaren wird dagegen für absolut unberechtigt gehalten, da der Viehgroßhandel selbstverständlich keiner Devisen bedarf, um im Inland Käufe vornehmen zu können.** Auch hier wirkt sich jedoch die Niedrighaltung der Devisenkurse gleichfalls in katastrophaler Weise aus, denn im Rheinland wurde schon am Freitag **ein Pfund Fleisch mit 3 Billionen Mark** bezahlt und infolgedessen wird das aufgetriebene Vieh **nach dem Westen verschoben**, wo diese dem Dollarstand angepaßten Preise bezahlt werden. Auch Hamburg hat am letzten Freitag schon Preise für Schlachtvieh bezahlt, die weit über den Berliner Notierungen lagen. Die Wucherpolizei hat sich bemüht, am letzten Sonnabendmarkt in Berlin auf den Viehgroßhandel einzuwirken und für einen verstärkten Auftrieb zu sorgen, doch muß abgewartet werden, wie sich diese Aktion auswirken wird.

### Lübecker Teuerungsziffern.

Den Berechnungen des Statistischen Landesamtes liegt die vom Reich nach Art und Menge einheitlich festgesetzte Normalration von Lebensbedürfnissen für den vierwöchigen Bedarf einer fünfköpfigen Familie zugrunde. Die Teuerungszahl selber stellt die Geldmenge dar, die zur Beschaffung dieser Lebensbedürfnisse erforderlich ist. Die Indexziffer dagegen gibt den Grad der Teuerung an, d. h. um wieviel zurzeit der Kostenbetrag für die vorgenannte Normalration höher ist als im Durchschnitt der Jahre 1913/14.

Die auf Grund der Preisermittelung vom 12. Novbr. 1923 berechneten Teuerungsziffern stellen sich folgendermaßen:

| | Teuerungszahl in Milliarden Mark | Indexziffer (1913/14 = 1) in Milliarden |
|---|---|---|
| Ernährung | 14566,5 | 265,7 |
| Heizung | 1605,0 | 287,1 |
| Beleuchtung | 412,5 | 195,5 |
| Wohnung | 79,9 | 4,4 |
| Bekleidung | 2795,0 | 210,8 |
| Lebenshaltungskosten | | |
| ohne Bekleidung | 16663,9 | 207,0 |
| mit „ | 19458,9 | 207,4 |

Die gesamten Lebenshaltungskosten in Lübeck sind gegenüber dem vorigen Montag (5. November 1923) um 115,1 und gegen den letzten Donnerstag (8. November) um 31,4 Prozent gestiegen. Ohne die Bekleidungskosten beträgt die Steigerung 121,8 bezw. 34,8 Prozent. Die Ernährungskosten allein sind um 128,4, die Beleuchtungskosten um 78,9, die Brennstoffe um 78,9, die Beleuchtungsausgaben um 103,7, die Wohnungsmiete um 108,6 und die Bekleidungskosten um 82,5 in die Höhe gegangen.

### SPD.-Erwerbslose.

Morgen Mittwoch, nachmittags 3 Uhr: wichtige Versammlung im Gewerkschaftshaus. Alle müssen erscheinen. Es handelt sich u. a. um eine Besprechung über die Wahl des Erwerbslosenrates.

### VSPD-Metallarbeiter.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins ladet alle Metallarbeiter, die der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei angehören, zu einer wichtigen Versammlung für heute, Dienstag den 13. November, abends 7½ Uhr, nach dem Gewerkschaftshaus ein. Da anzunehmen ist, daß alle Vorgänge der letzten Zeit erörtert werden, ist das Erscheinen aller SPD-Metallarbeiter selbstverständliche Pflicht.

**Der Butterpreis** wurde von der Hamburger Notierungskommission auf 480 Milliarden, der Milchpreis auf 69 Milliarden festgesetzt. In Lübeck wurde für 1 Liter Vollmilch 48 Milliarden verlangt.

**Die Baupreis-Richtzahl** für Lübeck ist nach einer uns von der Lübecker Brandkasse gewordenen Mitteilung von 70 Milliarden am 5. November auf 210 Milliarden am 12. November gestiegen.

**Deutscher Arbeiter-Sängerbund.** Der Zentralvorstand schreibt: Das besonders in den letzten Wochen lawinenartig hereingebrochene Währungselend mit seinen betrüblichen Folgeerscheinungen hat die Zentrale des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes dem Ruin entgegengeführt. Trotz Aufbietung aller Kräfte ist der Verlag nicht mehr in der Lage, das Bundesorgan, die „Deutsche Arbeiter-Sängerzeitung“, erscheinen zu lassen. Die Angestellten bis auf einen müssen der Erwerbslosenfürsorge zugeführt werden, widmen sich aber weiterhin ohne Entgeld der Fortführung der Bundesangelegenheiten. An alle Bundesvereine richten wir das dringende Ersuchen, den Beitrag für November (250 Millionen Mark per Mitglied) ungesäumt abzuführen. Es gilt, trotz der Not der Zeit in zäher Ausdauer tatwillig zusammen zu stehen, um den völligen Zerfall unseres Kulturstrebens abzuwenden.

**Nächste Abfahrten der Hamburg-Amerika-Linie.** Hbg.-Nordamerika: Nach Newyork: D. Thuringia 15. 11, D. Resolute 17. 11, D. Hansa 22. 11, D. Cleveland 29. 11, D. Reliance 1. 12, D. Westphalia 6. 12. Nach Philadelphia, Baltimore, Norfolk: D. Emden 23. 11. Nach Boston, Baltimore, Norfolk: D. Bayern 8. 12. Westküste-Nordamerika: MS. Isis 17. 11, D. Arach 1. 12, D. Montpellier 15. 12. Hbg.-Cuba-Mexiko-Westindien: D. Holsatia 29. 11, MS. Odenwald 8. 12., D. Toledo 22. 12, D. Denderah 28. 11. Hbg.-Südamerika, La-Plata-Dienst: D. Liguria 15. 11, D. Baden 28. 11. Brasil-Dienst: D. Niederwald 5. 12. Hamburg-Ostasien: D. Saarbrücken 17. 11, engl. D. City of Canterbury 24. 12, MS. Münsterland, 1. 12., engl. D. City of Glasgow 8. 12., D. Aachen 15. 12.

wb. **Stadthallen-Lichtspiele.** Der Wetterwart, ein Drama hoch oben in den Lüften. Albert Steinrück als Leiter des Observatoriums haust mit seinem erwachsenen Sohn auf der einsamen Höhe. Vor drei Monaten ist ihm die Frau gestorben. Eine abenteuerlustige mondäne Dame wird von einem Kavalier eingeladen, mit hinauf zu fliegen auf die Spitze. Auf einem Gletscher glückt die Landung. Man findet Gastfreundschaft im Observatorium. Vater und Sohn entbrennen auf das Weib, das mit beiden frivoles Spiel treibt. So wird der Konflikt herbeigeführt. Mit dem Revolver der von ihm Geliebten erschießt sich der junge Mann vor dem selbstgeschaffenen Standbilde der Mutter, als er vernahm, wie die Geliebte dem Vater das nächtliche Stelldichein versprach. Mady Christians lieh ihrer Rolle ergreifenden Ausdruck. Nie geschaute Landschaftsbilder aus sonst nie erreichbaren höchsten Gipfeln der Bergwelt sind mit bewunderungswürdiger Anpassung vom Flugzeug aus aufgenommen worden. Auch sonst hat die Regie Treffliches geleistet, sodaß das Geschaute lange nachklingt. Den ersten Teil des Spielplans füllen ein Fattyfilm und ein Chaplinfilm aus, amerikanische Grotesken, die Stürme von Lachsalven hervorrufen. Ein Schwedenfilm über die Singvögel der nordskandinavischen Wasser- und Bergwelt bringt wichtige zoologische Erkenntnisse für die Besucher.

**Aus dem Polizeibericht.** Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Branitz bei Kottbus, der dabei abgefaßt wurde, als er einige Landbuden von Schrebergärten erbrach, um daraus Gartengeräte usw. zu stehlen. — In letzter Zeit wurden in einer hiesigen Weingroßhandlung verschiedene Diebstähle ausgeführt, bei denen den Dieben div. Weine und Spirituosen in die Hände gefallen wären. Die Kriminalpolizei ermittelte drei Arbeiter von hier, die Wirten Weine und Spirituosen in Flaschen zum Kaufe anboten, die wahrscheinlich aus dem Diebstahl stammen. Die Festgenommenen stehen zum Teil in unmittelbarer Berührung mit Arbeitern der bestohlenen Firma. Als der eine der Festgenommenen in das Marstallgefängnis überführt werden sollte, machte er einen Fluchtversuch und lief durch die Aegidienstraße. Da er auf mehrfachen Anruf des ihn verfolgenden Polizeibeamten nicht stand, machte dieser von seiner Schußwaffe Gebrauch und brachte dem Festgenommenen einen Schuß in den Oberschenkel bei. Der Verletzte wurde sofort mittels Krankenautos in das Allgemeine Krankenhaus überführt. — Festgenommen wurde ein 25jähriges, mehrfach vorbestraftes Mädchen, das in dem dringenden Verdacht steht, anläßlich einer Bierreise einem zugereisten Seemann einen namhaften Geldbetrag gestohlen zu haben. — In den letzten acht Tagen wurden aus dem Maschinenraum eines Lagerplatzes der 2. Wallstraße vier Treibriemen gestohlen. — Aus einer Gartenbude in der Gärtnergasse wurde eine Rasenscheere, ein Gartenmesser, eine Baumsäge und ein fast neues Segel sowie ein 6-mm-Tesching mit Munition gestohlen. — Aus dem Vorzimmer des hiesigen Guttemplerordens an der Untertrave ist ein Ulster gestohlen worden.

W. **Schlutup.** Kommunistische Sonntagspredigten. Am Sonntag nachmittag fand im Gasthaus zur Linde eine öffentliche Versammlung der KPD. statt. An Stelle des angekündigten Kommunisten Roß war Heilborn als Redner erschienen. In einer langatmigen Rede, die wohl 1½ Stunden dauerte, langweilte der Referent die Versammelten. „Wer hat versagt, und wer kämpft“ war Heilborns Thema. Nach Schluß der Rede konnte keiner von den Versammelten feststellen, wer denn eigentlich versagt, und wer gekämpft hat. Vielleicht meinte der Referent die KPD., die versagt hat in all den Städten, wo Putsche stattfanden und wo Putsche stattfinden sollten. In der Aussprache trat Parteisekretär Wolfradt-Lübeck dem Referenten entgegen. Wolfradt griff auf das Jahr 1918 zurück und zeigte den Versammelten an verschiedenen Beispielen, wie die Arbeiterschaft sich hätte einstellen müssen, um die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen und zu erhalten. Vor allen Dingen hätte die Reichswehr fest in unserer Hand sein können, wenn die Arbeiter dem Rufe ihres Parteigenossen Noske gefolgt wären. Aber hier war es die KPD., die die Arbeiterschaft zurückgehalten hat, die Beschlüsse faßte, alle Arbeiter, die der Reichswehr beitreten, nie wieder in ihren Reihen zu dulden, und zu boykottieren. Zum Schluß forderte Wolfradt die Versammelten auf, sich bereitzuhalten. Große Kämpfe stünden uns noch bevor. Nicht Teilaktionen könnten uns helfen, nur ein geschlossener Vormarsch auf der ganzen Linie verbürge den Sieg. Der lebhafte Beifall bewies, daß die Mehrheit der Versammelten mit den Ausführungen Wolfradts einverstanden war.

R. **Schönböcken.** Eine schlichte und würdige Revolutionsfeier begingen unsere Genossen am Freitag. Zahlreich waren sie herbeigeeilt, um Zeugnis abzulegen dafür, daß dieser Tag einer unserer heiligsten ist. Gen. Reisberger, Lübeck, führte den Anwesenden den geschichtlichen Werdegang der früheren und der Novemberrevolution von 1918 vor Augen, streifte und brandmarkte die Vorgänge in Bayern und ermahnte die Genossinnen und Genossen zu eiserner Disziplin. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Partei in den kommenden Tagen uns zum Schutz der Republik gebrauchen werde. Mit einem warmen Appell, einig und wachsam zu sein, schloß Reisberger mit einem Hoch auf die Republik und unsere Partei, in das die Anwesenden begeistert einstimmten. Einige Stunden gemütlichen Beisammenseins bildeten den Abschluß der Feier.

**Secret-Dänischburg.** Die sozialdemokratische Partei hatte ihre Mitglieder zu einer schlichten Revolutionsfeier eingeladen. Der Arbeitergesangverein brachte unter Leitung seines Dirigenten, Herrn Lehrers Kersten, drei stimmungsvolle Lieder zu Gehör. Als Referent war Genosse W. Wolfradt-Lübeck erschienen. In einer kernigen Ansprache schilderte der Redner die Zustände, die sich in den 5 Jahren in Deutschland entwickelt haben und forderte zum Schluß auf, fest und treu zur

Partei zu stehen und sich bereit zu halten, wenn es gilt, den Kampf gegen die Putschisten zu führen. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit muß auch fernerhin unsere Losung sein. Nach einem begeistert aufgenommen Hoch auf die Republik und die Arbeiterbewegung schloß der Genosse Sell die Feier.

## Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

**Schlutup. SPD.** Morgen Mittwoch, den 14. November, abends 7½ Uhr, bei Saborowski: Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Parteisekretärs Weiß.

**Vorwerk. SPD.** Mittwoch, dem 14. November, abends 7½ Uhr, bei Lembrecht Mitglieder-Versammlung.

## Theater und Musik.

**Stadttheater.** Tosca, Musikdrama von G. Puccini. Wie einst Tosca, die Titelrolle des Sardouschen Stückes, Sarah Bernhardt zu schauspielerischen Triumphen führte, so ist noch heute die durch die geschickte Umarbeitung des Puccinischen Textdichters Illica gewonnene Operngestalt ein erstrebenswertes Ziel der Sängerinnen: leuchten doch gerade hier in der Liebesszene die Farben des Lyrikers Puccini, fesseln seine Themen, gerade dort, wo sie die Stimmungen des Frauenherzens schildern, diese Themen, die durch kleine Mittel viel gewinnen und in ihrer rhapsodieartigen Begleitung immer warme und sinnfällige Melodik atmen. Aber die Entwicklung und konsequente Durcharbeitung des dramatischen Grundgedankens in der Thematik ist nicht Puccinis starke Seite; es fehlt der Zug ins Große (auch der durchgearbeitete Ensemblesatz!), die Musik löst sich auf in reizvolle, auf einfachen melodischen Motiven aufgebaute Einzelheiten — wo das Drama Leidenschaft fordert, wird sie leicht Theaterleidenschaft; nirgends jedoch enttäuscht, wie gesagt, die Lyrik Puccinis, deren klangschöne Linie weiche Schatten über all die Greuel des blutrünstigen Dramas breitet.

Gut, daß auch hier die Wiedergabe Brutalitäten milderte, doch hatte die Daumsche Inszenierung im zweiten Bild die bedrückende Unheimlichkeit des Gemaches nicht wirkungsvoll genug getroffen. Nebenbei: die Amtspersonen, die Cavaradossi zur Folterung begleiteten, taten das in sehr gemütlichem, spießbürgerlichen Trott. — Fräulein Johanna Storbeck sang die Titelpartie und überraschte durch die beseelte, ungekünstelte und feine Art ihres Vortrages; je weniger sie äußerlich aus ihrer Rolle „machen" wollte, je mehr gab sie: schlichtes, stellenweise packendes Menschentum. Herr v. Beerenkamp war ein eleganter, vornehmes Herrentum betonender Scarpia, in der Maske mehr Napoleon als dem „frommen Faunsgesicht" ähnlich. Die der musikalischen Phrase biegsam und sicher folgende Stimme hatte in der Höhe nicht überall die erforderliche Wucht. — Lebhaften Beifall ersang sich Herr Beckmann als Cavaradossi: sein Tenor, frisch und unangestrengt auch in der hohen Lage, gab den Lyrismen Wärme und lebensvolle Eindringlichkeit. — Herr Kopp mimte als Spoletta fast zu viel des Bösen. — Herr Pella dirigierte, ein sehr umsichtiger, temperamentvoller und gute musikalische Schulung verratender Leiter. H.

# Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 12. November.

Der Wortführer G. Ehlers verliest ein Senatsdekret, wonach der Senat das Gesuch um reichsgerichtliche Entscheidung darüber, ob der Art. 14 der lübschen Landesverfassung (Mißtrauensvotum mit ⅔ Mehrheit) mit der Reichsverfassung in Einklang steht, zurückgezogen hat, da die Angelegenheit durch den neuen Bürgerschaftsbeschluß, daß die einfache Mehrheit genügt, gegenstandslos geworden ist. — Das Gesetz- und Verordnungsblatt soll den Mitgliedern der Bürgerschaft wieder geheftet in blauem Umschlag zugestellt werden. — Der Aeltestenausschuß beschloß, dem Antrag auf Aufhebung der Immunität in zwei Fällen gegen das Bürgerschaftsmitglied Dr. Leber nicht zuzustimmen, da es sich in beiden Fällen um politische Angelegenheiten handelt. — Eine Eingabe der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird dem Eingabenausschuß überwiesen. — Ein dringlicher Antrag der Deutschen Volkspartei ersucht den Senat, die Arbeitsbehörde anzuweisen, daß die nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen den nicht vollbeschäftigten Arbeitern zukommende Kurzarbeiterunterstützung an die Bezugsberechtigten, wenn irgend möglich, zu den gleichen Zeitpunkten laufend ausgezahlt wird, an denen die Auszahlung an die Vollarbeitslosen für die entsprechende Zeit erfolgt. Der Antrag wird einstimmig angenommen. — Der Antrag Ziesenitz (Arbg.) betr. Beschwerden über die Lübeck-Büchener Bahn wird auf Antrag Haut (Soz.) dem Verkehrsausschuß überwiesen. — Wolfradt (Soz.) bespricht die Verhandlungen des Ausschusses für das Bau- und Wohnungswesen über die Vorwürfe gegen Handwerksmeister. Uebergriffe zum Schaden des Staates seien wohl vorgekommen, aber nicht in den in der Bürgerschaft angezogenen Fällen. Mit einzelnen werde sich noch die Staatsanwaltschaft zu beschäftigen haben. — Rosenquist (Arbg.) fordert von Dreger Zurücknahme der Angriffe gegen den Gewerbestand. Es sei frivol, in solcher Weise gegen einen ganzen Stand vorzugehen und das Gewerbe zu behudeln. — Dreger (Soz.) verwahrt sich gegen den Ton des Vorredners, mit dem man vor 40 Jahren Lehrlinge erzogen habe. Es könne wohl vorkommen, daß einmal Gewährsmänner versagten. Im übrigen sei die Sache nicht wie das Hornberger Schießen verlaufen. Auch Herr Rosenquist könne nicht bestreiten, daß es einzelne Handwerksmeister gebe, die sich Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen ließen. Selbst Herr Oberbaudirektor Baltzer habe erklärt, es seien Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Eine Nachprüfung sei nur nicht mehr möglich. — Rosenquist (Arbg.) erklärt, die Handwerksmeister wüßten jetzt, was sie von der Sozialdemokratie zu erwarten habe. — Dreger (Soz.) betont aufs neue, er habe mit seinen Ausführungen nur brandmarken wollen, wie man bisweilen mit staatlichen Geldern umgehe. Reelle Handwerksmeister fühlten sich dadurch nicht getroffen.

Der ständige Senatskommissar Dr. Vermehren gibt bekannt, daß die neuerliche Regelung der Beamtengehälter bis zum 31. März 1924 die Summe von 398 Billiarden 160 Billionen erfordere. — Zu den verschiedenen Eingaben der Erwerbslosen erklärt der Senat, verschärfende Bestimmungen zur Durchführung des 8-Stunden-Tages seien nicht erforderlich, da Anträge für Ueberarbeit nicht gestellt würden. Die Gewerbe- und Handelsaufsichtsbeamten seien beauftragt worden, den Vorschriften besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Das Jugendamt sei angewiesen, bei der Kinderspeisung und Verabreichung von Milch auf die Kinder der Erwerbslosen besonders Bedacht zu nehmen. Ebenso habe man die Arbeitsbehörde angewiesen, auf die Erwerbslosen bei der Verteilung von Lebensmitteln und Brennmaterialien unentgeltlich oder zu verbilligtem Preise Bedacht zu nehmen. Auch durch die Inbetriebnahme der Volksküche sei versucht worden, die Lage der Erwerbslosen durch Verabreichung eines verbilligten Mittagessens zu verbessern. Die Notlage ganz zu beseitigen, würde die Mittel des Staates übersteigen.

Eine Anfrage der Volkspartei geht dahin, warum die letzten Gehaltszahlungen an die Beamten einige Tage verspätet erfolgten und ob der Senat Maßnahmen zu ergreifen gedenke, um derartiges zu verhindern. — Senator Dr. Vermehren beantwortet die Anfrage dahin, daß ein Verschulden an der verspäteten Zahlung weder den deutschen Staat noch die Finanzbehörde treffe. Der Reichsfinanzminister habe besondere Anordnungen für die Auszahlung der Reichsgelder an die Länder getroffen. Lübeck stehe bei der Auszahlung der Beamtengehälter weit besser da als andere Länder und Städte. Unvorhergesehene Hindernisse müßten die Beamten in Kauf nehmen. — Ewers (DV.) erklärt, da den Beamten kein Streikrecht zugestanden werden könne, so müßten deren Rechte genau gewahrt werden. Derartige Benachteiligungen wie die verspätete Zahlung müßten möglichst unterbleiben.

**Erlaß von Ausführungsbestimmungen zum Finanzausgleichsgesetz.** — Casbohm (Soz.) beantragt, statt 10 000 Goldmark 1000 Goldmark zu setzen. — Rosenquist (Arbg.) fragt, ob es nicht möglich sei, die Ausgabe von Goldmark auch anderen Banken als nur der Commerzbank zu übergeben. — Der Senatsantrag wird mit der Abänderung Casbohms angenommen.

**Erhöhung der Grundsteuer und der Zuschläge dazu.** — Schlosser (Arbg.) betont, die Abgaben deckten kaum die Einziehungskosten. Sie müßten in Goldmarkwert erhoben werden. Auch die Art der Erhebung sei überholt. Der Hausbesitzer könne für seine Mieter Geld auch für wenige Tage nicht mehr auslegen. Die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen habe uns in namenloses Elend geführt. Daraus resultiere nicht zuletzt der Zusammenbruch des Wirtschaftslebens. Das Baugewerbe leide an allergrößter Arbeitslosigkeit. Allein im Malergewerbe bezögen 50 selbständige Meister staatliche Arbeitslosenunterstützung. Der Redner behauptet, in Lübeck würde unter behördlichem Schutz bereits keine Miete mehr bezahlt. Diese betrage nur wenige Goldpfennige, für die man keine Reparaturen machen lassen könne. Den Erlaß des Reichsarbeitsministers in dieser Beziehung habe man in Lübeck nicht verstanden oder falsch angewandt. Das Wohlfahrtsamt habe wohl befürchtet, daß bei Anwendung dieser Richtlinien ein Assessor überflüssig geworden wäre. Der Anfang mit Goldmieten müsse gemacht werden. Man sage allerdings, Goldmieten würden Goldlöhne bedingen. Die letzteren würden wohl kommen. Das Unrecht sei, daß man die Miete nicht nach dem Einkommen der Mieter bemessen könne. Durch Einführung der Goldmieten könnten neue Wohnungen errichtet werden und dadurch komme man dann auch zur Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft. Der Redner stellt den Antrag, den lübschen Gesandten anzuweisen, dafür einzutreten, daß die Reichsregierung für Goldmieten sorgt unter möglichster Schonung der Minderbemittelten. — Rosenquist (Arbg.) hat diesen großzügigen Ausführungen nichts zuzusetzen. Mit den heutigen Mieten sei nicht die kleinste Reparatur auszuführen. — Dr. Gebhardt (DV.) erklärt, seine Fraktion sei bereit, dem Senatsantrag zuzustimmen. Man hätte aber doch dafür sorgen sollen, daß die Vermieter das ausgelegte Geld von den Mietern in wertbeständigem Gelde wieder einziehen können. — Wandke (Dem.) führt die geringe Summe an, die die Steuer einbringt. Sie decke im glücklichsten Fall die Erhebungskosten. Das Grundsteuersystem müsse auf eine andere Grundlage gestaltet werden, wenn der Staat nicht Pleite machen soll. Mit den eingehenden Summen könne kein einziges Haus gebaut werden. — Nehlsen (Arbg.) wendet sich gegen die Vorschriften im Wohnungswesen, die die Mieter gegen den Willen der Hausbesitzer geschaffen hätten. Er fordert Schutz für die Hauswirte durch den Senat. — Der Senatsantrag wird angenommen. Der Antrag Schlosser wird dem Ausschuß für Bau- und Wohnungswesen überwiesen.

**Erlaß eines Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt.** — Ambrosius (Dem.) geht auf die wesentlichsten neuen Bestimmungen und Aenderungen durch den Ausschuß ein. Durch die Annahme des Gesetzes trete Lübeck in der Jugendwohlfahrtspflege an eine der ersten Stellen Deutschlands. Es sei nur zu hoffen, daß die Arbeit zum Segen unserer Jugend ausschlage. — Die Senatsvorlage wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

**Erlaß eines vierten Nachtrages zu dem Gesetz vom 16. Juli 1894, betreffend den Forstdiebstahl und die Feld- und Forstpolizei.** — Brehmer (Soz.) stellt einen Abänderungsantrag, der eine gleichmäßigere Behandlung der Uebeltäter fordert. — Ewers (DV.) beantragt, die Strafen in Goldmark festzusetzen. — Henk (DN.) bemängelt, daß die Ret- und Rohrwertung schon im Frühjahr an einen Pächter vergeben worden sei und zwar zu einem Preise, der dem Pächter ungezählte Billionen Gewinn bringe. Ein ähnlicher Fall sei schon voriges Jahr vorgekommen. — Der Senatsantrag wird mit den beantragten Abänderungen angenommen.

**Aenderung des Pfandleihgesetzes.** — Frau Greve (Komm.) empfiehlt, das Pfandleihgeschäft in die Hände des Staates überzuleiten. — Senator Dr. Vermehren: Der Staat hat das Pfandleihgeschäft gerade aufgehoben, weil ihm zu große Lasten daraus erwachsen sind. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

**Erlaß eines neuen Vergnügungssteuergesetzes.** — Heise (Dem) erwähnt im Ausschußbericht, daß es empfehlenswert sei, auch die Konzerte der Zither- und Mandolinenklubs in die Vergnügungsliste aufzunehmen. Ferner fragt der Redner, ob es richtig sei, daß ein Gesangverein zur Vergnügungssteuer herangezogen würde, weil er am Grabe gesungen habe. — Senator Mehrlein: Die Friedhofsbehörde erhebe besondere Abgaben und habe auch in diesem Falle eine solche erhoben, aber nicht als Vergnügungssteuer. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

Es folgt die zweite Beratung und Abstimmung über den Antrag von 22 Mitgliedern der Bürgerschaft: **Der Senat besitzt nicht mehr das Vertrauen der Bürgerschaft.** — Klein behauptet, die Gründe, die Herr Haut in der vorigen Sitzung angeführt habe, seien nichtssagend und innerlich widersprechend gewesen. Es stehe aber nun einmal fest, daß dem Senat das Vertrauen entzogen werden soll. Herr Haut habe ferner erklärt, in der demokratischen Fraktion werde um Senatsposten gekämpft. Das sei absolut nicht der Fall. Für die demokratische Fraktion komme die Besetzung eines Senatspostens nicht in Frage. Sie wollten den Staat nicht mit Ruhegehältern belasten. Herr Dr. Leber habe seine eigene Rede im stenographischen Bericht frisiert. — Senator Dr. Vermehren erklärt, der Senat könne die Gründe, die für das Mißtrauensvotum geltend gemacht wurden, als stichhaltig nicht anerkennen. — Ueber den Antrag wird namentlich abgestimmt. Mit Ja stimmen 42, mit Nein 34. Der Antrag ist in zweiter Lesung endgültig angenommen.

Von kommunistischer Seite sind noch zwei Anträge eingegangen; der eine fordert Amnestie für alle anläßlich des Divisionsappells im Mai mit Gefängnis- oder Geldstrafen Bedachten, der andere die ungeteilte Dienstzeit für alle im Staatsdienst Beschäftigten.

Ohne Debatte wurden angenommen: **Aufhebung des Biersteuergesetzes. — Erlaß eines Nachtrages zu dem Gesetz vom 11. Mai 1896, betreffend die Regelung der gewerblichen Fischereiverhältnisse in den öffentlichen Gewässern.**

Schluß 8½ Uhr.

## Angrenzende Gebiete.

**Hamburg.** Was Unternehmer dürfen. Der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat den Senat darauf aufmerksam gemacht, daß die Besitzer und Reedereien der Fischdampfer, an der Spitze die Reederei Hamburger Hochseefischerei, bis zu 50 Prozent ihres Schiffsparkes aufgelegt haben. Ganz abgesehen davon, daß durch diese Maßnahme der Reederei die Versorgung der Bevölkerung mit einem wichtigen Nahrungsmittel, Fischen, gefährdet wird, ist auch durch die Zahl der Erwerbslosen stark erhöht. Nach der Verordnung des militärischen Befehlshabers darf aber weder in lebenswichtigen Betrieben gestreikt noch ausgesperrt, noch dürfen lebenswichtige Betriebe stillgelegt werden. Der Ortsausschuß hat den Senat gebeten, den militärischen Befehlshaber zu veranlassen, gegen die Fischdampferreedereien auf Grund der vom Militärbefehlshaber erlassenen Verordnung sofort einzuschreiten. — Um den Unternehmerprofit. Als infolge der rapiden Entwertung der Mark auch die Bauarbeiterschaft dazu überging, ihren Lohn in goldwertigen Zahlungsmitteln zu fordern, waren es Industrielle, die ihre Produkte in ausländischen Währungen verkauften, in Zuschriften ihren Bauunternehmern aber mitteilten: „Wenn der Tarifgoldlohn der Bauarbeiter Zweidrittel des Vorkriegslohns übersteigt, legen wir unsere Bauten still." Der Versuch, in ähnlicher Form einen Lohn zu vereinbaren, ging nicht ganz in Erfüllung. Der unter Mitwirkung eines Vertreters vom Reichsarbeitsministerium gefällte Schiedsspruch scheint es einigen Industriellen angetan zu haben. Es wird mitgeteilt, daß die auf der Werft von Blohm & Voß bei Bauunternehmern mit Neu- und Umbauarbeiten beschäftigten Bauarbeiter entlassen wurden, weil sie das Ansinnen, für den Lohn der Werftarbeiter Bauarbeiten zu leisten, die tariflich nach den Löhnen des Hochbaugewerbes zu zahlen sind, ablehnten. Aehnlich liegt es an dem Bau Stinnes, Margarinefabrik Mohr, Bahrenfeld. Auch dort sucht man den Lohn zu drücken und droht mit Entlassung. Die Allgemeine Hochbau A.-G., Düsseldorf, will wohl die durch die Vertragsparteien des Baugewerbes getroffene Vereinbarung der Goldlohnabrechnung anerkennen, im übrigen erklärt diese Firma durch einen Anschlag alle sonstigen Vereinbarungen für sich als nicht bestehend. Sie erklärt durch Anschlag an der Baustelle Wandsbek, wer ihre Bedingungen nicht anerkenne und nicht auf Abschlagszahlung verzichte, würde entlassen. Höhnisch wurde noch von dem Firmenvertreter bemerkt: „Wenn Ihre Gewerkschaften Goldlöhne vereinbaren, mögen sie auch sehen, wo sie Goldmark bekommen können." — Der alte Unternehmerhochmut kommt wieder hoch. Gewerkschaftlicher Zusammenhalt muß ihn niederdrücken.

**Bremen.** Die Bürgerschaftswahlen. Für die Zeit von Sonnabend bis zum 18. d. Mts. ist im bremischen Staatsgebiet der Ausnahmezustand mit Rücksicht auf die Vorbereitungen zu den am 19. November stattfindenden Wahlen aufgehoben worden. Versammlungen in geschlossenen Räumen dürfen abgehalten und politische Flugblätter verteilt werden. Unser Bremer Bruderblatt, die „Volkszeitung", hat vom Wehrkreiskommandeur in Münster die dritte Verwarnung erhalten. Sie erfolgte auf Grund eines Artikels „Bayern fordert die Rechtsdiktatur, sonst Vormarsch auf Berlin". Von einem Verbot wurde nur in Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen abgesehen. Die Verwarnung ist um so verwunderlicher, als die Volkszeitung nur Tatsachen berichtet, denn Bayern forderte nicht nur die Rechtsdiktatur im Reiche, sondern es proklamierte schon eine Rechtsregierung mit extremer Diktatur und, da sie im ersten Ansturm nicht erreicht wurde, fordert es sie heute noch.

**Oldenburg.** Landtag. Um den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, der außerordentlichen Not zu steuern, beantragt die oldenburgische Regierung beim Landtag für den Landesteil Oldenburg 500 000 Goldmark und für die Landesteile Lübeck und Birkenfeld 100 000 Goldmark als Anleihen. Die Gemeinden sollen dadurch in die Lage versetzt werden, bei der Staatlichen Kreditanstalt für außerordentliche Maßnahmen Kredit in Anspruch nehmen zu können, damit die notleidenden Bürger der Städte unterstützt werden. Der Landtag tritt am Donnerstag zusammen.

### An die Gegenrevolution.

Nur, was zerfällt, vertretet ihr!
Seid Kasten nur, trotz alledem!
Wir sind das Volk, die Menschheit wir,
Sind ewig drum, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem:
So kommt denn an, trotz alledem!
Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht;
Unser die Welt trotz alledem!

Freiligrath.

### Getreidemarkt.

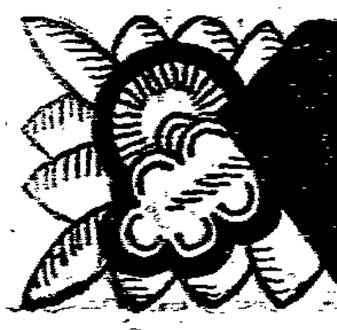
(Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.)

Hamburg, 12. November.

Es zeigte sich besserer Bedarf für Gerste, so daß die Tendenz für diesen Artikel stetiger wurde. Meistens wurde in Papiermark gehandelt, da Goldanleihe sehr knapp bleibt. In Weizen waren einige Angebote in Goldanleihe da. Weizen 2,00—2,10, Roggen 1,85—2,00, Hafer 1,80—1,90, Gerste 2,10—2,20 Dollar, ab inländ. Station. Ausländ. Gerste 2,30—2,40, Mais 2,40—2,50 Dollar frei Kaiwaggon. Oelkuchen ruhig und geschäftslos.

**Offizielle Kleinhandelspreisnotierungen des Hamburger Fouragehandels.** Hafer 3900, Mischfutter 3500, Häcksel 700, Wiesenheu, gbd., 800, Timothy- und Kleeheu, gbd., 1000, Preßstroh 700 (alles per Zentner in Milliarden Mark).

**Heu und Stroh.** Hamburg, 12. November. Im Großhandel stellt sich der Preis für Wiesenheu, lose 1,80, do. gepreßt 2,80, Getreidestroh, gebündelt 1,40, do. gepreßt 1,60 (alles je Zentner in Goldmark frei Waggon inl. Verladestation exkl. Deckenmiete.) Tendenz: ruhig.



Dixin
Henkel's
Seifenpulver
das Seifenpulver für jedes Waschverfahren. Größte Ergiebigkeit!